

eines übermäßigen Fehlbetrages von etwa dreiviertel Milliarden Reichsmark einen schweren Rückschlag der bisherigen Finanzpolitik. Sie leitet hieraus die Forderung her, daß nicht wieder, wie im April, unter dem Druck der Ankündigung von Reichstagsauflösung und Anwendung des Artikels 48, überstürzt ein höchstens die Not des Tages überwindendes Stückwerk geleistet, sondern eine die Reichsfinanzen für die Dauer ordnende Finanzreform auf den Weg gebracht wird, ohne daß auf die üblichen Parliamentsferien Rücksicht genommen werden kann. Um das Grundübel der Arbeitslosigkeit nicht weiter zu verschlimmern und die Bemühungen zur Senkung des Preisniveaus nicht zu vernichten, sind neue Steuern überhaupt von der Hand zu weisen, solange nicht alle Möglichkeiten der Ausgabenlenkung erschöpft sind; dabei darf mit der Durchführung der von der Fraktion seit Jahren vergeblich geforderten Reichs- und Verwaltungsreform, welche die Grundlage jeder systematischen Ersparungsmaßnahme ist, nicht länger gezögert werden. Sollte sich der Haushalt hierdurch allein nicht ordnen lassen, so sind in Verbindung mit der Finanzreform die Steuern auf entbehrliche Genussmittel so weit wie möglich auszunutzen. Der willkürlichen Aufzählung von Sonderkosten zur Deckung des Fehlbetrages auf einzelne Schichten des Volkes, wie sie durch die sogenannte Reichshilfe der Festbesoldeten und die Lebzugssteuer beabsichtigt ist, wird die Fraktion nicht zustimmen.

Die sozialdemokratische Fraktion berät.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Montagabend in mehrstündiger Aussprache mit der gegenwärtigen politischen Lage und den Vorschlägen der Reichsregierung zur Deckung des Fehlbetrages im Reichshaushalt. Die Debatte konnte wegen der vorgeschrittenen Zeit nicht zu Ende geführt, sie wird am Dienstagmorgen fortgesetzt werden.

Wildgewordene Schrippenarchitekten.

Hochsommerliches von der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes.

Todernst und in feierlicher Aufmachung verbreitet Hugenbergs Telegraphenunion folgende erschütterliche Kunde:

Die Fraktion der Wirtschaftspartei hat im Preussischen Landtag den Beschluß beantragt, gegen den Ministerpräsidenten Dr. Braun wegen seiner kürzlich am Staatsgerichtshof geübten Kritik die Ministeranklage zu erheben. In der Begründung wird ausgeführt, daß die von der höchsten preussischen Regierungsstelle geübte Kritik an dem Urteil des Staatsgerichtshofes, die den deutschen Willen zeige, sich dem Spruche in der Verwaltungspraxis nicht zu fügen, geeignet sei, das Vertrauen in die Rechtspflege und damit die Staatsautorität zu gefährden.

Vor einigen Wochen antwortete im Preussischen Landtag bei einer Debatte über das parlamentarische System ein sozialdemokratischer Redner auf fleißige Zwischenrufe der Rechten mit dem Satz: „Der Parlamentarismus hat mindestens das eine Gute, daß er niemand hindert, seine eigene geistige Minderwertigkeit öffentlich zu demonstrieren.“ Die Wirtschaftspartei erhärtet neuerlich die Wahrheit dieses Satzes.

Ein merkwürdiger Landrat.

Das Sportassenbuch zu Lasten der Kreisfinanzen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Minister des Innern gegen den bisherigen Landrat des Kreises Beer, Geh. Regierungsrat Kleine, das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Entfernungs aus dem Amte eingeleitet. Veranlassung zu diesem Vorgehen gegen den vor einiger Zeit auf Befehl der Staatsregierung in den einseitigen Ruhestand versetzten Landrat Kleine gab die Tatsache, daß Landrat Kleine 1926 unter bewußter Ausschaltung des zuständigen Kreistages sich vom Kreisassessor des Kreises Beer unter Verzicht auf die ihm zustehende kommunale Dienstaufwandsentschädigung ein Sportassenbuch auf 30 000 Mark auf seinen Namen hat ausstellen lassen.

Für diesen Zweck waren im Kreishaushaltsplan Mittel nicht vorgesehen, so daß sich der vorhandene Fehlbetrag des Jahres 1926 um 30 000 M. erhöhte. Weder hat der Landrat die nach den ministeriellen Bestimmungen vorgeschriebene Genehmigung zur Annahme einer solchen Entschädigung eingeholt, noch hat er seiner dienstvorgesetzten Behörde davon Mitteilung gemacht. Das zunächst auf den Namen des Landrats ausgestellt Sportassenbuch wurde später auf den Namen des Kreises Beer umgeschrieben, ist aber niemals in das Vermögensverzeichnis des Kreises aufgenommen worden.

Dieses Sportassenbuch soll dem Landrat Kleine für den Fall seines Ausscheidens aus dem Staatsdienste eine ihm rechtlich nicht zustehende Versorgung aus Kreismitteln sichern.

Landrat Kleine hat auf wiederholte dienstliche Anfragen über die Höhe seiner Nebenbezüge den tatsächlichen Sachverhalt verschwiegen und wahrheitswidrige Berichte erstattet. Die in der Presse beim Bekanntwerden dieser Verfehlung gegebene Darstellung, daß der in dem Sportassenbuch enthaltene Betrag lediglich die seit dem 1. Juni 1926 nicht zur Auszahlung gelangte Aufwandsentschädigung des Landrats sei, ist völlig unzutreffend. Der Gesamtbetrag dieser für den Kreis einbehaltenen Bezüge für die Zeit vom 1. Juni 1926 bis 31. März 1930 beträgt einschließlich der Zinsen insgesamt 9 471 Mark, während das in dem Sportassenbuch enthaltene Guthaben durch die Zinsen inzwischen auf 38 000 Mark angewachsen ist.

Börsenkrach in New York.

Diesmal ein „schwarzer Montag“.

New York, 16. Juni.

Wallstreet hatte heute einen schwarzen Tag zu verzeichnen. Anfangsreiche Liquidationen und Verkäufe, die auf die starken Rückgänge der Warenpreise, auf das Fehlen legendewerter antegenden Wirtschaftsaussichten, vor allem jedoch auf die Ermäßigung der Gasolin- und des Kupfererzpreises zurückzuführen waren, übten einen empfindlichen Druck auf das Kursniveau aus. Selbst kräftige Stützungsversuche konnten der rückläufigen Bewegung nur für kurze Zeit Einhalt gebieten.

Die Kursverluste erreichten bei zahlreichen Spezialwerten ein Ausmaß von 15 bis 22 Dollar. Die Börse schloß flau. Verschiedentlich wurde der heutige Kursrückgang mit dem neuen Hochpunkt in einen gewissen Zusammenhang gebracht, da ungünstige Ausrichtungen für die gesamte amerikanische Wirtschaft befürchtet werden.

Nazifrechheiten vor Gericht.

Was sich die Schweidnitzer Richter bieten lassen.

Schweidnitz, 16. Juni (Eigenbericht).

Im Schweidnitzer Landfriedensbruchprozeß leisteten sich die Halenkreuzler am Montag wiederholt Fregeleien, die jeder Beschreibung spotten.

Als sich der Vertreter der Nebenkläger, Rechtsanwalt Förder-Beeslau, erlaubte, an einen als Zeugen erschienenen 23jährigen nationalsozialistischen Handlungsgehilfen einige Fragen zu richten, schrie dieser: „Ich unterhalte mich nur mit Deutschen, nicht mit Juden.“ Ich antworte nur deutschen Richtern.“ Der Bursche verweigerte weiter jede Aussage. Auf Antrag des Rechtsanwalts führte der Vorsitzende schließlich einen Gerichtsbeschuß herbei, der den regelhaften Hülserianern mit der lächerlich niedrigen Ordnungsstrafe von zehn Mark belegt. So viel bekommt er ungefähr als Zeugen-gebühren. Als dem Burschen die Strafe zubilliert war, beschwerte er sich, daß ihn Rechtsanwalt Förder beleidigt habe. Förder hätte von „diesem Menschen“ gesprochen. Es war charakteristisch, daß der nationalsozialistische Verteidiger Franz sich das Hülserianers annahm und sich mit ihm identifizierte. Der Vorsitzende verzichtete schließlich darauf, dem Vertreter der Nebenkläger die ihm gesetzmäßig zustehende Möglichkeit zur Befragung des Zeugen zu verschaffen und übernahm die Fragen selbst.

Andere nationalsozialistische Zeugen marschierten am Montag in Wanderkleidung mit aufgetrempelten Hemdsärmeln vor dem Richterlich auf. Der Vorsitzende wies höflich darauf hin, daß es sich nicht zieme, in diesem Auszug vor Gericht zu erscheinen. Ein Zeuge erklärte, das liege am System. Damit ist der Fall erledigt. Der nächste Zeuge erschien trotz der Mahnung des Vorsitzenden ebenfalls in Wanderkleidung mit aufgetrempelten Hemdsärmeln. Der Vorsitzende hat sich inzwischen daran gewöhnt und ließ sie gewähren. So wird die Autorität und das Ansehen der deutschen Gerichte mit Füßen getreten, ohne daß das Gericht sich entschließen konnte, ein Exempel zu statuieren.

Im weiteren Verlauf des Prozesses wird der Standartenführer Romack nach seinen Vorstrafen befragt. Er gibt an, nur einmal eine Strafe erhalten zu haben, die er beim Grenzschutz in Oberschlesien bekam. Der Staatsanwalt erhebt sich und sagt: „Ich möchte den Zeugen Romack vor einem Meißel bewahren. Ich kenne das Strafregister des Romack.“ Er ist sechsmal verurteilt, darunter einmal wegen Diebstahls.“ Der Zeuge schreit dem Staatsanwalt zu, das ist eine erbärmliche Lüge. Die Meute der Angeklagten schreit mit, ebenso der nationalsozialistische Verteidiger Franz. Wiedermal wartete man vergebens auf ein energisches Einschreiten des Vorsitzenden.

Was die nationalsozialistischen Zeugen sonst auszusagen haben, wird angesichts des Eides geradezu erschütternd. Sie geben an, nicht mehr zu wissen, wo sie in die Autos eingestiegen sind, um zur Verklammerung zu fahren. Sie wissen nicht, ob sie die Fahri bezahlt haben, so sie wissen nicht einmal mehr mit wem sie gefahren sind, und das alles unter Eid. Sie wissen überhaupt nichts, was sie nicht wissen wollen.

Es scheint, daß der Gerichtsvorsitzende nach einigen schwachen Widerstandsversuchen gegenüber den systematischen und hartnäckigen Fregeleien der Halenkreuzler reflexlos kapituliert hat. Eine solche Waffentreckung ist aber nicht die persönliche Angelegenheit eines Mannes, dem Kraft Gesetzes die Pflicht obliegt, für die Wahrung der Würde des Gerichts und des Staates, als dessen Organ das Gericht fungiert, im Gerichtssaal zu sorgen. Dieser Pflicht darf sich der Vorsitzende nicht entziehen, wenn sie ihm durch das Verhalten der Angeklagten und ihrer Anwälte auch noch

so sauer gemacht wird. Die Lächerlichkeit des Vorliegenden ist um so bestreblicher, als bereits die Handhabung des Roffes in der ersten Instanz allgemeine Kritik hervorgerufen hatte. In der ersten Instanz hatte der Vorsitzende u. a. geäußert, daß die Zeugen Hitler und von Pfeiffer von den Angeklagten durch demonstratives Erheben und durch das schamlose Grinsen empfangen wurden.

Das Vergehen des Vorliegenden der ersten Instanz bildete den Gegenstand einer sozialdemokratischen Anfrage im Landtag, es wurde außerdem von dem sozialdemokratischen Fraktionsredner beim diesjährigen Justizetat zur Sprache gebracht. In seiner Antwort erklärte der Justizminister Schmidt diese Kritik für vollständig berechtigt und gab an, Vorsorge getroffen zu haben, daß sich Ähnliches in zweiter Instanz nicht wiederhole. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß der Herr Justizminister durchaus in diesem Sinne gehandelt hat. Aber wie wagt sich seine Vorsorge aus? Der Vorsitzende der zweiten Instanz ermahnt die Angeklagten, daß sie Hitler und von Pfeiffer als Zeugen nicht wieder demonstrativ begrüßen dürfen. Seine Abwehr beschränkt sich also im wesentlichen auf den einen Punkt, der bei der Kritik der ersten Instanz zufällig am stärksten hervorgetreten war. Mit der Verhinderung der Wiederholung dieser einen Provokation glaubt der Herr Vorsitzende der zweiten Instanz seine Pflicht vollständig getan zu haben, daß er — alle weiteren Provokationen so gut wie völlig übersehen. Diese Buchstabenauslegung der Mahnung des preussischen Justizministers wirkt etwa wie das Verhalten eines Kindes, dem gesagt worden ist, es solle nicht noch einmal Kuchen nachhaken, und das sich nunmehr mit Schokolade und Pralinen vollstopft.

Der Prozeß dauert voraussichtlich noch einige Wochen; — für den Herrn Justizminister Schmidt Zeit genug, dafür Sorge zu tragen, daß seine Absichten nicht nur dem Wortlaut, sondern dem Sinne nach befolgt werden. An den Gerichtsvorsitzenden kann er freilich keine Anweisungen geben, um so genauer sollte er die Staatsanwaltschaft anweisen, ihrerseits in jedem Einzelfall einer groben Ordnungswidrigkeit entsprechende Anträge zu stellen.

Ueberfälle ohne Ende.

Pommersche Nazis pfeifen auf Uniformverbot.

Stettin, 16. Juni (Eigenbericht).

In Cammin (Pommern) überfielen Nationalsozialisten eine Reichsbannerabteilung. Im Verlauf der Auseinandersetzungen wurden 14 Personen verletzt, darunter einige ernst.

Der nationalsozialistische Provokation konnte erst durch das Eingreifen des Stettiner Ueberfallkommandos ein Ende gemacht werden. Die zuständigen Landräte versagten vollkommen. Als Reichsbannerleute einen Oberlandjäger darauf aufmerksam machten, daß die nationalsozialistischen Romdops sich ihren gemeinsamen Ueberfall in der von der preussischen Regierung verbotenen Uniform leisteten, wurde ihnen erwidert, daß das Verbot auf dem Dienstwege noch nicht zu seiner Kenntnis gelangt sei. Die Nationalsozialisten behaupten, daß ihnen der zuständige Landrat, ein Herr Wilhelmshäuser Schulte, die Erlaubnis zum Tragen der Uniform gegeben habe.

Oberfaschist Grandi auf Reisen.

Protestkundgebungen in Warschau.

Am 9. Juni kam nach Warschau als Gast der Völschke-Regierung der Faschistenführer Grandi, Mussolinis Außenminister. Herr Grandi wählte zu seiner Ankunft in Warschau ein schlimmes Datum — den Todestag von Rotecki, der vor 6 Jahren von Mussolinis Bluthunden, in deren Reihen Grandi das große Wort führte, ermordet wurde.

Die organisierte Arbeiterschaft von Warschau gab dem Oberfaschisten zu verstehen, welchen Abscheu sein Name bei ihr hervorruft. Am Tage seiner Ankunft brachte das Zentralorgan des „Bund“, die „Volkszeitung“, einen scharfen Artikel gegen den „Gast“ und seine polnischen Bestimmungsgenossen. Abends ließ der „Bund“ von seinen Ordnern einen kurzen Aufruf in polnischer und jüdischer Sprache in der ganzen Stadt verbreiten und an die Häuser kleben. Der Aufruf lautete:

Wieder mit dem Abgesandten der italienischen faschistischen Regierung! Am 10. Juni ist der 6. Todestag der Ermordung des Genossen Rotecki. Ehre dem Andenken des ermordeten Führers der italienischen Arbeiter!

Die „Volkszeitung“, die ihre Ausgabe vom 10. Juni dem Andenken Roteckis widmete, wurde beschlagnahmt. Am Abend des 10. Juni versammelten sich große Mengen Bundisten und Zukunftisten („Zukunft“ nennt sich die sog. Jugendorganisation des „Bund“) neben dem Theaterplatz inmitten der Hauptstadt. Es wurden Ansprachen gehalten über den italienischen Faschismus und seine polnischen Radfahrer. Zur selben Stunde hielt der Warschauer Stadtrat eine Sitzung ab. Im Namen der sozialistischen Stadtratsfraktion der WPS und des „Bund“ erhob Genosse H. Ehrlich scharfen Protest gegen den offiziellen Empfang, die Mehrheit des Stadtrats dem Faschistenführer beehrte. Die Sitzung endete mit einer stürmischen Kundgebung der WPS und des „Bund“ gegen Mussolinis Abgesandten.

Lloyd George an die Arbeiterregierung.

Zum gemeinsamen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

London, 16. Juni (Eigenbericht).

Der „Daily Herald“ veröffentlicht in seiner Dienstagausgabe eine Unterredung mit Lloyd George, die angesichts des am Dienstag wieder zusammentretenden Parlaments besondere Beachtung verdient.

Lloyd George erklärt, die Liberalen wären bereit, der Arbeiterregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ihre gesamte Kraft und ihre volle Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Er sei der Ansicht, daß die Gefahren der Arbeitslosigkeit für England und das Wirtschaftsleben so groß seien, daß die Arbeitslosigkeit als eine nationale Not betrachtet und wie die Not

mendigkeiten des Krieges behandelt werden müsse. Es sei eine besondere Legislaturperiode des Unterhauses notwendig, die sich allein mit einem Feldzug gegen die Arbeitslosigkeit beschäftigen solle. Die gesamte Nation, ihre moralischen und wirtschaftlichen Kräfte müßten mobilisiert werden. Notstandsregeln sowie Notstandsmaßnahmen müßten der Regierung für mehrere Jahre in die Hand gegeben werden. Die bisher sowohl von den Liberalen wie von der Arbeiterregierung aufgestellten Programme seien durch das gewaltige Anschwellen der Arbeitslosenziffern überholt und ungenügend geworden. Die Liberalen seien bereit, in jeder von der Arbeiterpartei gewünschten Weise der Regierung zur Verfügung zu stehen. Die Liberalen seien bereit, auch in der Agrarfrage mit der Labour Party zusammenzuarbeiten.

Autounglück auf der A9.

Eine Person getötet, vier weitere schwer verletzt.

Gestern Abend ereignete sich gegen 23 Uhr auf der A9-bahn im Grunewald, etwa ein Kilometer von der Südküste entfernt, ein entsetzliches Autounglück.

Ein mit fünf Personen besetztes Privatauto geriet in der Nähe des Forsthauses im 90-Kilometer-Tempo ins Schleudern und überschlug sich mehrmals. Der Wagen wurde völlig zertrümmert. Der Fahrer und die Insassen wurden von den zureißenden Automobilstreifen mit schweren Verletzungen aus den Trümmern befreit. Eine Frau war bereits tot, die übrigen vier Verunglückten, darunter der Ehemann der Getöteten, wurden mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Westend- und Hildegard-Krankenhaus übergeführt.

Wie die polizeilichen Ermittlungen bisher ergeben haben, ist der Fahrer vermutlich durch die Scheinwerfer eines in entgegengesetzter Richtung fahrendes Auto darauf gehend worden, daß er die Herrschaft über seinen Wagen verlor.

Blutige Eifersuchtstragödie in Spandau

Auf vor Mitternacht spielte sich in der Siedlung an den Auswiesen bei Spandau-Hakenfelde eine blutige Tragödie ab, die in ihren Einzelheiten noch der Klärung bedarf.

Offenbar in einem Akt von Eifersucht gab der 32jährige Arbeiter Kühn auf seine 23jährige Frau Hildegard und den 11jährigen Mithändler Richard Hermann mehrere Schüsse ab. Der Täter richtete dann die Waffe gegen sich selbst und jagte sich eine Kugel in die Schläfe. Alle drei Personen wurden in bedenklichem Zustande in das Städtische Krankenhaus gebracht.

Innerpolitische Reichstagsdebatte.

Sozialdemokratie und Wahlreform. — Reichsinnenminister und Rechtsopposition.

Der Reichstag hat am Montag nachmittags seine Bollstimmung nach der Pfingstpause wieder aufgenommen.
Präsident Löbe teilte mit, daß in Abänderung der Tagesordnung zunächst der Haushalt des Reichsministeriums des Innern beraten werde.

Reichsinnenminister Dr. Birtz

(von der Rechten mit dem Ruf „Frei Heil!“ begrüßt und darauf antwortend, daß das nicht sein gewohnter Gruß sei.): In Lübeck sind bis jetzt 39 Säuglinge gestorben, die mit dem Calmetteschen Tuberkuloseimpfstoff geimpft worden waren, und noch scheint das Ende der Erkrankungen nicht gekommen zu sein. Die Reichsregierung spricht den betroffenen Familien das tiefste Mitgefühl aus.

In anderen Ländern, besonders in Frankreich, ist diese Impfung in mehr als 500 000 Fällen ohne Zwischenfall vorgenommen worden. In Lübeck wurde zunächst eine aufklärende Vorbereitung durch Vorträge von Ärzten, Hebammen und Bezirksfürsorgefrauen vorgenommen. In jedem einzelnen Fall ist das Einverständnis der Eltern auf Grund eines Verfalls und einer mündlichen Beratung eingeholt worden; es wurden etwa 50 Proz. der seit dem 24. Februar 1930 geborenen Säuglinge insgesamt 246 mit dem Schutzstoff behandelt.

Eine Prüfung des Schutzstoffs an Tieren vor der Verabreichung ist nicht vorgenommen worden.

(Hört! hört!) Ich stelle das ausdrücklich fest, weil auf Grund entgegenstehender, unrichtiger Informationen im Auslande schon unrichtige Schlussfolgerungen gezogen worden sind. Die Todesfälle in Lübeck gehen weit über die Bedeutung eines nur lokalen Unglücks hinaus, die ganze zivilisierte Welt hat mit Recht ihnen die größte Aufmerksamkeit zugewendet und erwartet eine möglichst vollkommene Aufklärung. Das Reichsministerium des Innern, die Reichsmedizinalverwaltung und das Reichsgesundheitsamt bemühen sich darum in jeder Weise. Man muß erörtern, ob das Calmette-Verfahren selbst oder Fehler in seiner Durchführung besonders Verunreinigung oder Verwechslung der angewendeten Bakterienkulturen die Schuld an dem Säuglingssterben tragen. Diese Frage kann vorläufig nicht mit Bestimmtheit beantwortet werden.

Die Untersuchung darüber wird noch mindestens sechs Wochen dauern. Hoffentlich gelingt es, zu einem klaren Ergebnis zu kommen. Die Lübecker Regierung hat unter ständiger Beteiligung der Bürger, in der alle Bevölkerungsklassen vertreten sind, alles getan, um zu retten, was noch zu retten ist, und die gesundgebliebenen Säuglinge sorgfältig zu schützen. An den Obduktionen nimmt jetzt auch der Professor der Berliner Charité, Prof. Schürmann, teil. Es wird in ständiger Verbindung mit Prof. Calmette gearbeitet und jede Möglichkeit ausgenutzt, um den wirklichen Sachverhalt zu ergründen und um die Klärung im Interesse der Humanität und der Wissenschaft zu finden.

Abg. Sollmann (Soz.):

Wir schließen uns den Worten des Reichsinnenministers, besonders dem Ausdruck des Mitgeföhls für die Familien der Opfer an. Es ist erschreckend, daß in einem Lande, mit so hoch entwickelter medizinischer Wissenschaft, in einem öffentlichen Krankenhaus, das von Medizinern geleitet wird, so zahlreiche Todesfälle erfolgen konnten. Als Nichtmediziner kann ich mir ein Urteil darüber nicht erlauben, mein Fraktionskollege Dr. Moles wird dazu sprechen. Aber ich sage, die Schulmedizin muß sich klar sein, daß durch die Vorgänge in Lübeck ihre Autorität im Volke einen schweren Stoß erlitten hat. (Sechste Zustimmung.)

Dem Verein für das Deutschtum im Auslande wünschen wir zu seinem 50-Jahre-Fest, daß er lernt, eine Sprache zu reden, die auch an das Herz und den Geist der sozialistischen Arbeiter rührt. Gegen unsere Stimmen ist im Haushaltsausschuß eine Entschließung angenommen worden, die Staat und Kirche zum Kampf gegen den „Kultur Bolschewismus“ aufruft. Was verstehen die Begründer dieser Entschließung eigentlich unter Kultur Bolschewismus? Für viele, die dieses Schlagwort mißbrauchen, ist der Kultur Bolschewismus schon jedes Familienbad, jeder Versuch gemeinsamer Erziehung der Geschlechter, ist Kultur Bolschewismus schon die Feuerbestattung, die Trennung von Staat und Kirche, die saubere religiöse Regelung des Kirchenaustritts, die Aufhebung des Gotteslästerungsparagraphen, jede Abschwächung des barbarischen und antisozialen § 218, jede reinliche Reform des Eherechts, obwohl alle diese Forderungen auch von tief christlichen Menschen vertreten werden. Die Orthodox-Christlichen bezeichnen aber alles als kultur Bolschewistisch, was ihnen nicht paßt.

Wie lehnen eine Kultur diktatur der christlich-orthodoxen Weltanschauung ebenso ab, wie eine atheistische Diktatur, die von den Kommunisten erstrebt wird.

Die christlichen Kirchen haben in der Republik eine hohe privilegierte Stellung. Sie sind öffentlich-rechtliche Körperschaften, sie erheben mit staatlichen Machtmitteln die Kirchensteuer, sie erhalten große staatliche Subventionen, sie beeinflussen entscheidend fast das gesamte öffentliche Schulwesen. Noch mehr kann wirklich nicht für sie geschehen. Wenn sie sich dennoch nicht zurückziehen, mit anderen kulturellen Strömungen im geistigen Ringen fertig zu werden, so ist das ein Vermissnis. (Sehr wahr! links.) Die ethische Grundhaltung und der sittliche Wille in kirchenfernen Kreisen ist nicht geringer als in der Masse der kirchlichen Leute. Wir brauchen nur die geistige und sittliche Haltung unserer sozialistischen Jugend und ihrer Veranstaltungen zu vergleichen mit den stumpfsinnigen alkoholischen Vergnüngen und der derben Erotik in ländlichen Gebieten, wo der Kultur Bolschewismus nicht einmal dem Namen nach bekannt ist. Wir Sozialisten lehnen ab, uns unter die sittliche Vormundschaft anderer Gruppen zu stellen.

Am Ausschluß hat Reichsminister Dr. Birtz sich als Losseind des Listenwahlrechts bezeichnet. Wenn er diese Losseindigkeit in Taten umsetzen will, muß er das Verhältniswahlrecht abschaffen. Dafür wird er keinesfalls eine verfassungsändernde Mehrheit finden. Gewiß ist auch jedes Wahlrecht wie jede Staatsform der Entwicklung unterworfen, aber

Jeder echte Demokrat wird nur mit großer Vorliebe an die Verrückung eines Wahlrechts herantreten, das mindestens formal demokratischen Idealen entspricht.

Wir wollen nicht vergessen, daß bisher seit der Revolution noch nie unter einigermassen normalen politischen Verhältnissen gewählt werden konnte. Der Minister hat behauptet, das Listenwahlrecht verleihe die politische Ermüdung des deutschen Volkes. Die Wahrheit ist aber, daß unter dem Einbürgerwahlrecht der Vorkriegsjahre die Wahlbeteiligung nicht höher war als jetzt. Von 1884 bis 1913 schwankte die Wahlbeteiligung zwischen 60,5 und 84,5 Proz.; 1919 bis 1928 von 61,7 bis 84,4 Proz. Bei den Länder- und Gemeindevahlen hat sich unter dem Verhältniswahlrecht die Beteiligung verdoppelt und verdreifacht.

Die Sozialdemokratie steht einer Wahlreform sehr fähig und schwägend gegenüber, zumal in Baden bei kleinen Wahlkreisen die Gesamtteilnahme nicht gemindert, sondern eher gestiegen ist. Die Verringerung der Abgeordnetenzahl lehnen wir ab. Es gibt kein großes parlamentarisch regiertes Land, das so wenig Abgeordnete hat wie das Deutsche Reich und dabei haben die anderen noch Oberhäuser und Senate. Der Reichstag sollte mehr für Aufklärung über sich selber sorgen. Wer weiß denn im Volke, daß die gesamten Aus-

gaben für den Reichstag einschließlich Fahrten und Verköstigung nur 8,10 Millionen Mark im Jahre betragen.

Das ganze Reichsparlament kostet jährlich den zehnten Teil eines Panzerkreuzers, lediglich 0,12 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung.

(Sehr wahr! links.) Dringlich ist die Reichsreform. Die Regierung soll zeigen, ob sie etwas will und was sie will. Von den Länderregierungen und den Länderparlamenten darf man nicht die freiwillige Abdankung erwarten. Der alte Bundestag mit seinen Befänden der kleinen und großen deutschen Staaten wäre nie zu einer Reichsgründung gekommen, wenn nicht andere und größere geschichtliche Kräfte eingegriffen hätten. Es gibt in allen Parteien Freunde des Einheitsstaates. Der alte föderalistische Gedanke, für den die deutschen Lebensräume viel zu klein sind, ist weit zurückgedrängt worden. Sogar der Zentrumsführer Wilhelm Marx hat längst in der christlich-sozialen „Reichspost“ in Wien eine Reichsreform im föderalistischen Sinne als ausgeschlossen bezeichnet und gefordert, daß die Reichsregierung die Befestigung des Länderstatus selbst in die Hand nehmen soll. Für die besten Teile der deutschen Jugend sind die Ländergrenzen erledigt, wir werden jede Reichsregierung unterstützen, die die Reichsreform als das innerpolitische Problem von wirklich nationaler Bedeutung entschieden anpackt. Für die Notwendigkeit der Reichsreform ist

der Konflikt zwischen dem Reichsinnenminister und dem thüringischen Staatsminister

ein neuer Beweis. Wir bedauern, daß Dr. Birtz durch das scheinbare Entgegenkommen der thüringischen Herren sich verleiten ließ, die Sperre über die Polizei aufzuheben. Das Vorgehen Seiner Gnade hat sich als richtig erwiesen. Eine Regierung, in der Herr Fridt ist, ist für ein Gentleman agreement nicht geeignet. (Sehr wahr! links.) — (Zuruf von den Soz.: Aber mit Ihnen!) Fridts Verfallungs- eid empfinden wir als eine Geschmackslosigkeit. (Zuruf von den Nat.-Soz.: Und Herr Scheidemann als Kaiserlicher Staatssekretär?) Fridt ist nicht nur wegen Bruch des Beamtenbundes schon einmal verurteilt. (Zuruf von den Nat.-Soz.) Er hat auch nachher jahrelang von der Reichstagstribüne immer wieder mit kaltem Jantismus, mit Haß und Hoch die Symbole und die Führer der Republik, auch die von seinen Geistesverwandten ermordeten beschimpft. Es ist eine Sünde wider den heiligen Geist der Reichsverfassung (Zuruf rechts), einen solchen Mann als Polizeiminister zu dulden. Es ist eine unerhörte Zumutung an das Reich, diesem erklärten Putschisten, diesem gerichtsnotorischen Hochverräter Reichsgelder zur Bewohnung von Nationalsozialisten in die Hand zu geben. (Sehr wahr! links.)

Wir müssen uns von dem politischen Strohweismann von rechts und links freimachen.

Jeden Sonntag fliehet Blut auf unseren Straßen. Das darf die Staatsgewalt nicht länger dulden. Die nationalsozialistischen Sturmtruppen sind der Wille und die Vorbereitung zum Bürgerkrieg. Sie werden plannmäßig für Versammlungsplätzen und Straßenkämpfe geschult. (Hu, hu! rechts.) Das ist keine geistige Bewegung. Niemals sind während des Sozialistengesetzes und des Kulturkampfes die Sozialisten oder die Katholiken mit solchen Mitteln gegen den Staat vorgegangen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das sind eben kulturelle Bewegungen, während der Höhe des Kaiserreiches die Gewalt ist. Nach ihren eigenen Worten wollen die Nationalsozialisten der Republik die Luft abdrücken. Gegen eine solche Bewegung muß die Staatsgewalt und muß die Justiz hart und arbeitslos vorgehen. Alle bürgerlichen Parteien, das Zentrum nicht ganz ausgenommen, sind gegen die Nationalsozialisten schwach. Das hat seinen guten Grund. Wer die Nationalsozialisten nicht nur negativ betrachtet, sieht, daß

in Deutschland eine Massenbewegung ohne sozialistische Forderungen und Ziele nicht mehr möglich

ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der monarchische Gedanke hat jede parteiübende Kraft verloren. Der Nationalismus allein ändert nicht mehr. Die Proletarisierung der Intelligenz, des Mittelstandes, der Bauern sucht nach neuen ideologischen Ausdruckformen. Man predigt gegen den Marxismus, aber die Zerlegung der alten bürgerlichen Parteien ist eine glänzende Rechtfertigung der marxistischen Methodik. Die alten bürgerlichen Parteien wanken, weil ihre alten ökonomischen und sozialen Grundlagen erschüttert sind. Man kann eine soziale Umwälzung nicht mit alten Parteiprogrammen aufhalten. Der Kampf zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen wirtschaftlich Bevorzugten und Entrechteten ist nun im Lager der bürgerlichen Parteien selbst ausgebrochen. Dieser großen geschichtlichen Erscheinung wollen wir Sozialdemokraten nicht nur interessiert zusehen. In den großen sozialen und kulturellen Erneuerungen, die wir herannahen sehen, streben wir nach der Führung. Millionen sind erwacht und auf dem Marsch, wenn auch zunächst auf Irrwegen. Millionen haben den Glauben an den Bestand der kapitalistischen Welt verloren. Millionen bisher bürgerlich denkender Menschen empfinden das Wort von einer göttlichen Gesellschaftsordnung als hohn. Millionen dieser Menschen sind aber auch in Gefahr, in eine nihilistische Verzweiflung zu verfallen.

Es ist die geschichtliche Aufgabe der Sozialdemokratie, diese neuen Schichten des proletarisierten Arbeitervolks aus ihren blutigen Gemütskrämpfen zu befreien und sie für den sozialistischen Gesellschafts- und Kulturaufbau zu gewinnen. Die Sozialdemokratie kann diese Aufgabe und sie wird sie verjüngt im Kampfe lösen.

(Beifälliger Beifall der Soz. — Zuruf von den Nat.-Soz.: Diese Rede muß öffentlich angeflagelt werden!)

Abg. Dr. Spahn (Nat.): Kein Mensch in der Regierung weiß heute, wie sie ihre Aufgaben lösen soll. Die Innenminister der früheren Regierungen waren entschiedenen Persönlichkeiten. Der jetzige Reichsinnenminister hat ohne jeden Anlaß Maßnahmen gegen Thüringen ergriffen, ehe die thüringische Regierung Stellung nehmen konnte. Das Zentrum hat im Preussischen Landtag von Unabträglichkeit der Sozialdemokraten gesprochen, als sie das Kultusministerium besetzten. Ebenso unehrlich ist aber die wesentlich

schändliche Politik des Reichsinnenministers gegen rechts.

Der Redner spricht gegen die geplante Einführung des Reichsbürgerrechts und gegen die Reichsvereinfachung. Er nennt Sollmanns unbedingtes Bekenntnis zum vollen Unitarismus ein Gefährtsignal. Die Beamten werden durch Großkapital und freie Gemeinshaft zu bloßen Staatsdienern erniedrigt, die die Hauptopfer der Wirtschaftskrise tragen sollen.

Der Redner empfiehlt die Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaften als Vorstufe zum Ständestaat

und den Ausbau der Selbstverwaltungskörper an Stelle des verfallenden Parteienparlamentarismus. Die Volksoffizianten wollen die Staatspartei der deutschen Republik werden, aber auf der Ebene von 1918 und Versailles, und ohne die Empörung des Volkes, ohne die Verfallens nicht beseitigt werden kann. In nationaler Beziehung sind wir mit den Nationalsozialisten einig. (Hört! hört! links.) Die Räumung des Rheinlandes ist keine Verletzung. Durch die Saarverhandlungen will man dem Rheinland wirtschaftliche Jenseits statt der militärischen auferlegen.

Reichsinnenminister Dr. Birtz

polemisiert gegen Dr. Spahn, der ihm zu Unrecht schändliche Politik vorgeordnet habe, so in der Frage des Stahlhelmsverbots. Dazu sagt der Minister: Ich habe Gelegenheit gehabt, mit Herrn Reichstangler Müller darüber zu reden, was er mit diesem Verbot und mit der von ihm eingeleiteten Politik zur Aufhebung dieses Verbots beabsichtigt. (Hört, hört der Komm.) Es ist ja schon bekannt geworden, daß Besprechungen darüber zwischen dem Reichspräsidenten, dem Reichstangler Müller und dem preussischen Ministerpräsidenten geführt worden sind, und daß der preussische Ministerpräsident sich auf die Bitte des Herrn Reichspräsidenten bereit erklärt hat, die Führer des Stahlhelms zu empfangen. (Hört, hört der Komm.); sie haben sich jedoch bis jetzt beim preussischen Ministerpräsidenten nicht gemeldet. Es ist doch nicht gut, in einem solchen Stadium Angriffe auf uns zu erheben. Ich bitte, doch auf die tatsächliche Lage Rücksicht zu nehmen.

Für morgen haben sich bei mir Vertreter der evangelischen Minderheit zur Besprechung über die Schulfrage angefaßt. Es wäre mir eine Ehre, einen Reichstagskollegen einbringen zu dürfen, aber es ist doch bekannt, welche heftigen Gegensätze in dieser Frage zwischen der liberalen Deutschen Volkspartei und den positiven christlichen Parteien bestehen, zu denen ich auch das Zentrum rechnen darf.

Das Zentrum hat stets keine schützende Hand über die konfessionelle Schule gehalten. Der Zeitpunkt zur reichsgesetzlichen Regelung ist noch nicht gekommen.

aber wir sollten doch Toleranz für die verschiedenen Schularten haben.

Auch in der thüringischen Schulgebetfrage bin ich nicht schützend vorgegangen. Gerade evangelische Theologen lehnen diese Schulgebete entschieden ab und bezeichnen es als durchaus richtig, daß ich diese für unser Verfassungsleben bedeutsame Frage vor den Staatsgerichtshof gebracht habe. Was heute in Thüringen möglich ist (Zuruf der Nat.-Soz.: Wird sich morgen in Sachen wiederholen!), kann bei einer kommenden Wahl leicht ins Gegenteil umschlagen. Der leider verstorbene Prof. v. Harnack hat mir gegenüber betont, daß diese Gebetempfehlung die höchsten Werte unseres Volkslebens berührt, die der Kulturbolschewismus zu vernichten droht. (Abg. Dr. Goebbels [Nat.-Soz.]: Ein getroffener Hund bellt!) Es ist nicht richtig, daß die sich getroffenen Rührenden sich gemeldet haben. (Goebbels: Nehmen Sie doch die jüdische Presse!) In der amtlichen Empfehlung Fridts steht, daß diese Gebete sich gegen „art- und volksfremde Elemente“ richten. (Goebbels: Sehr richtig!) Sie richten sich gegen die Weimarer Verfassung, gegen Geist und Sinn des von Dr. Spahn verkörperten deutschen Volkstums, gegen ganze Gruppen unserer Volksgenossen. (Goebbels: Das sind keine Volksgenossen!) Darauf gebe ich keine Antwort. Katholische und evangelische Kreise lehnen diese Gebete auf das entschiedenste ab. (Andauernde Zurufe Goebbels', die Vizepräsident Oster einzustellen bitten.) Der

Artikel 148,2 der Verfassung schreibt vor, daß die Meinung Andersdenkender nicht verletzt werden darf, und diese Bestimmung ist auf Antrag der Deutschnationalen hien- gekommen.

(Goebbels: Und unsere Empfindungen? Die sind natürlich vogelfrei, aber die Empfindungen der Juden müssen geschützt werden. — Ordnungsruf.) Ihre Empfindungen sind nicht vogelfrei, aber Sie

Hakenkreuz-Wannsee.



Es lächelt der See — er ladet zum (Blut-)Bade! (Schiller, Zell)

Ein Tag Landtag.

Finanzausgleich — Schulgelderhöhung — Ruhegelderhöhung — Grundvermögenssteuer.

Der Preussische Landtag ist am Montag zu einer eintägigen Tagung zusammengekommen, die notwendig war, um einige erste Lesungen vorzunehmen. Es handelte sich um gesetzgeberische Gegenstände, die in der nächsten Woche vor der Sommerpause des Preussischen Landtages noch endgültig erledigt werden sollen.

Die Sitzung begann mit zwei häßlichen kommunistischen Theaterakten. Bei dem Nachruf des Präsidenten auf unseren verstorbenen 67jährigen Genossen Emil Faber, einen der ältesten und verdienstlichsten Kämpfer der Arbeiterbewegung, blieben die Kommunisten demonstrativ fern. Danach erschienen sie geschlossen im Sitzungssaal und beantragten, auf die Tagesordnung einen kommunistischen Antrag zu setzen, wonach der Preussische Staat zwecks Unterstützung der Mansfelder Ausgesperrten der revolutionären Gewerkschaftsopposition größere Beträge zur Verfügung stellen sollte. Für eine revolutionäre Opposition ein immerhin etwas merkwürdiges Verlangen an den Staat! In der Kettenratsitzung, die genau eine halbe Stunde vorher stattgefunden hatte, hatten die kommunistischen Vertreter kein Wort davon gesagt, daß sie eine Beratung des Mansfelder Antrages wünschten. In der Tat wünschten sie sie auch gar nicht, sondern machten eben nur das übliche Theater, als die Sozialdemokraten den selbstverständlichen Widerspruch gegen die Beratung dieses Antrages erhoben.

Auf der Tagesordnung stand zunächst der preussische Finanzausgleich für 1930, der einen neuen Schuldenausgleich zugunsten namentlich der kleineren und ärmeren Ge-

meinden und eine Neuverteilung der Kraftfahrzeugsteuer vorsieht. Einen durchgreifenden Finanzausgleich kann Preußen natürlich nicht vornehmen, ehe nicht einmal im Reich eine endgültige Finanzordnung erreicht ist. Immerhin wird dieser provisorische Finanzausgleich, wie Genosse Szilvat mit Recht anerkennt, vielen Gemeinden die Verabschiedung des diesjährigen Haushalts wesentlich erleichtern.

Ebenso wie diese Vorlage ging ein Antrag der Regierungsparteien auf Heraushebung des Schulgeldes bei den höheren Schulen auf 240 M. im Jahre an den Hauptauschluß. Während beim Finanzausgleich die Rechtsparteien sich für die Steuerdrückeberger und Kapitalverdiener begeistert und Kopfsteuer, sowie rückstößigen Angriff auf die Arbeiterversicherung empfohlen hatten, spielten sie in der Schulgeldfrage plötzlich die Mittelstandsfreunde: der Mittelstand könne die Belastung durch höheres Schulgeld unter keinen Umständen tragen. Zu ihrem Pech ließ die Wirtschaftspartei erklären, daß sie sich mit Rücksicht auf die Gemeindefinanzen dem Antrage der Regierungsparteien auf die Schulgelderhöhung anschließen.

Am Schluß der Sitzung wurde die Reiterordnung über die Grundvermögenssteuer erledigt. Die Abstimmung findet erst am 25. Juni mit den anderen entscheidenden Abstimmungen statt.

Nächste Sitzung Dienstag, den 24. Juni 1930.

haben die Freiheit dieser Republik mißbraucht. (Lebhaftige Zustimmung links und im Zentrum — Hochbeifall: Genau wie Ihre roten Genossen im Kaiserreich! — Mitleidige Heiterkeit.) Der Minister stellt dann noch Betrachtungen über republikanischen Konservatismus an, lehnt es ab, außerpolitische Fragen zu besprechen, wie z. B. den Anschluß und das Wiener Studentenrecht, weist Spohns Ausfälle gegen

Belands Memorandum über Panoeuropa

zurück und schließt damit, daß die nächsten Tage Gelegenheit geben werden, z. B. bei der Dshilfe, zu zeigen, ob man Staatsformverträge sei oder nach anderen Erwägungen handele. Er werde auch in der weiteren Debatte auf alle Fragen Rede stehen. (Beifall im Zentrum.)

Hr. Dr. Schreiber (3.): Wir sind gegen Ausnahmeerlasse, verneinen aber, daß extreme Staatsverträge Polizeiminister werden können. Es wäre Selbstmord, wenn das Reich nicht die Kontrolle über die Verwendung der Polizeigeldmittel behielte. Was von der Reichswehr verlangt wird, muß auch für die Polizei gelten. Die gesunde liberale Idee darf nicht dazu mißbraucht werden, daß politische Mordbände bei der Polizei Unterstützung finden. Bei den politischen Kampf mit Häuten, Messern und Schlagringen führt, darf sich nicht auf die Freiheit berufen. Die Langsamkeit der Republik ist viel zu groß. Die thüringischen Schulgebühren sind verfassungswidrig und gemeinschaftsgefährdend. Wir können mir, wenn jeder Regierungswechsel neue Schulgebühren bringt? Die antiparlamentarische Stimmung, die im Volk um sich greift, ist auf die Zustände in der deutschen Innenpolitik zurückzuführen. Wir verfolgen die Politik der Sammlung in einem Blod der Mitte mit Interesse.

Wir gedenken unsere Selbständigkeit zwar nicht aufzugeben, aber den Mittelblod zu fördern. Es ist ein Verdienst der Regierung Brüning, die Frage nach den Machtgrenzen eines richtig verstandenen Parlamentarismus zum erstenmal wieder gestellt zu haben.

Wir bedauern die wachsende Verächtlichmachung und Herabziehung des Religiösen; dieses braucht keinen Polizeinippel zum Schutz (Zuruf der Komm.: Ihr verlangt ihn aber!), aber die verfassungsmäßigen religiösen Volksrechte müssen erhalten bleiben. Wir bedauern die Niederstimmung des Antrags auf Schutz des Religiösen durch die Sozialdemokraten im Haushaltsauschluß.

Hr. Maslowski (Komm.): Gegen das rote Sachfen haben Sollmann und Ebert die Reichsregierung ausgesandt; was geschieht gegen Thüringen? Die Unterstützungskassen des Reiches für Herausgabe theologischer und philosophischer Werke sind 15mal so groß als für physikalische und achtmal so groß als für biologische Werke. Gelehrliche Forschungen mit Reichsunterstützung bearbeiten vielfach theologische Fragen, und u. a. auch die Liebesbeziehungen Wilhelms I. (Heiterkeit links.)

Die Weiterberatung wird um 19,20 Uhr auf heute 12 Uhr vertagt.

Der billige Tarif.

Was sich Nazis für 400 Mark Strafe leisten können.

Das Erweiterte Schöffengericht verurteilte heute morgen den Nationalsozialisten Elektromonteur Fritz Warrenbach aus Bruchmühle im Kreise Waldbröl als den verantwortlichen Schriftleiter des „Oberbergischen Boten“ wegen Beleidigung des früheren Innenministers Erzelski zu drei Wochen Gefängnis, die gegen eine Geldbuße von 400 M. auf drei Jahre ausgeföhrt werden soll.

Das Blatt des Angeklagten hatte am 20. Januar unter dem Bild des Ministers einen Aufsatz veröffentlicht, in dem es hieß: „Man betrachte sich nur einmal das Gesicht dieses Arbeiterführers und jeder Kommentar ist überflüssig“, ferner „Bebel (?) hat einmal gesagt, mit dem Ausnahmezustand kann jeder Esel regieren, heute aber gibt es Minister, die nicht einmal mit dem Ausnahmezustand regieren können“.

Kommunist Remmele vor Gericht.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Hermann Remmele, gegen den ein Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat schwebt, ist auf Anordnung des hiesigen Untersuchungsrichters des Reichsgerichts diesem am heutigen Montag morgen vorgeführt worden, weil er zu einem Termin am Sonnabend, dem 14. Juni, trotz ordnungsmäßiger Ladung ohne ausreichende Entschuldigung ferngeblieben ist.

Er ist nach kurzer Vernehmung entlassen worden. Der Reichstags hat bekanntlich die Genehmigung zur Durchführung des Verfahrens und notfalls auch zur zwangsweisen Vorföhrtung gegeben.

Parteitag der lettischen Sozialdemokratie

Das neue Parteiprogramm

Riga, Mitte Juni. (Eigenbericht.)

Die Sozialdemokratische Partei Lettlands trat zum 15. Parteitag zusammen, der eine besondere Bedeutung dadurch erhält, daß auf ihm das vom Zentralkomitee der Partei entworfene neue Parteiprogramm zur Beratung gelangt.

Die Tagung wurde vom Parlamentspräsidenten Dr. Paul Kalninsch mit einer Begrüßungsrede an die Delegierten eröffnet. Lettland durchlebe eine Periode scharfer Reaktion, so

führte Dr. Kalninsch aus, um so mehr müsse die Arbeiterklasse und ihre Partei festgefügt und geschlossen das mit Blut und Gut Ertränkte, insbesondere die bedrohte soziale Gesetzgebung verteidigen. Dem seit dem letzten Parteitag verstorbenen großen Dichter des lettischen Volkstums, Jahnis Kalnis, widmete die Versammlung Augenblicke schmerzlichen Gedankens. Im Namen der estnischen Bruderpartei begrüßte der frühere Ministerpräsident Estlands, Rei, die lettischen Genossen. Besondere Aufmerksamkeit fand der aus Litauen eingetrossene alte Kämpfer des Sozialismus im Osten Baclan Beliski, der bedauerte, immer noch nicht im Namen der gesprungen und aufgelösten sozialdemokratischen Partei Litauens, sondern nur im Auftrag des provisorischen Zentralkomitees sprechen zu können. Von Deutschland hatte im Namen des Parteivorstandes Genosse Weiss einen Glückwunsch gesandt.

Nach den Referaten und Debatten über die aktuellen politischen und organisatorischen Fragen folgte der Höhepunkt der diesjährigen Tagung, das große Referat Felix Zeelens über das neue Parteiprogramm. Bisher war noch immer das alte, aus der russischen Zeit stammende Parteiprogramm in Kraft, welches im Jahre 1904 dem Parteitag vorgelegt und 1905 angenommen worden war. Es war dem im Laufe der Jahre durch Resolutionen der Parteitage ergänzt worden, besonders war die Agrarpolitik, die im alten Programm völlig fehlte, durch die Resolutionen von 1917 und 1918 ausführlich behandelt worden. Das neue Programm soll nun den gänzlich veränderten Verhältnissen Rechnung tragen und durch Festlegung neuer theoretischer und tatsächlicher Richtlinien die Kampfbasis der Partei bilden. Es entstand in Anlehnung an das Linzer Programm der österreichischen Sozialdemokratie. Das neue Programm zerfällt in drei Teile. Im ersten Hauptteil werden die grundlegenden Definitionen und Richtlinien unter der Ueberschrift „Kapitalismus, Klassenkampf und Sozialismus“ behandelt. Von Bedeutung ist hier besonders der Abschnitt „Die Arbeiterklasse und die Staatsmacht“. Es wird hier vor allem festgesetzt, daß die lettische Arbeiterklasse im Verein mit den Bauern die republikanisch-demokratische Staatsordnung erkämpft hat. Ferner wird die Ergreifung und Ausübung der politischen Macht im Staate behandelt, dagegen ist von der Teilnahme der Sozialdemokratie an Koalitionserregierungen mit bürgerlichen Parteien im Programm nicht die Rede. Die rein taktische, von Fall zu Fall zu entscheidende Frage gehört nach Ansicht Zeelens nicht in das Parteiprogramm, sondern bleibt den Entscheidungen der Parteitage überlassen. Der zweite Hauptteil behandelt die nächsten Aufgaben der Partei und enthält u. a. ein wichtiges außenpolitisches Programm, dessen Hauptpunkte folgende sind: enge wirtschaftliche Beziehungen zu Estland und Litauen; wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Rußland; Abstinenz Lettlands von allen außenpolitischen Kombinationen, die das Land in die Gegenläge und Zusammenstöße der Großmächte verwickeln könnten; Eintreten für das Schiedsverfahren zwischen den Völkern; Neutralisierung Lettlands; Abrüstung. In der Wirtschaftspolitik tritt die Partei für einen stufenweisen und internationalen Abbau der Jälle ein.

Besonders ausführlich und in die Einzelheiten gehend ist das sozialpolitische Programm ausgearbeitet. Ein besonderer Abschnitt behandelt die Rechte und den Arbeitschutz der Frau. In dem Abschnitt, welcher Religion und Kirche behandelt, heißt es ausdrücklich, daß die Sozialdemokratie alle diejenigen vereint, welche gegen die Macht des Kapitalismus kämpfen wollen, ungeachtet ihrer religiösen Ueberzeugung. Also völlige Toleranz jeder Ueberzeugung gegenüber, wirkliche Gewissensfreiheit. Ein ganz neues Thema des sozialistischen Parteiprogramms bringt der Abschnitt über die national-kulturellen Rechte der Minoritäten. Das Parteiprogramm gibt hier als oberste Richtlinie die völlige kulturelle Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten mit dem Mehrheitsvolke, eine Forderung, die in Lettland ja bereits verwirklicht ist, nicht zuletzt durch den Einfluß der Sozialdemokratie. Das Recht auf den Unterricht in der Muttersprache, die Sicherstellung von öffentlichen Mitteln nach Maßgabe des Bevölkerungsanteils und ähnliche Richtlinien einer lokalen Minderheitenpolitik werden hier fessellich verbriefet. Der dritte Hauptteil endlich behandelt in ausführlicher Weise die Agrarpolitik und die soziale Lage der Landbevölkerung.

Wir sehen in dem neuen Parteiprogramm der lettischen Sozialdemokratie den gelungenen Versuch, die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und Probleme unserer Zeit auf eine allgemeine und für längere Zeit gültige Formel zu bringen, um so für die Tagesfragen des politischen Kampfes theoretisch und grundföhrtig gerüstet zu sein.

(Gewerkschaftliches siehe 1. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Geyer; Wirtschaft: G. Ringelblum; Gewerkschaftsbewegung: S. Steiner; Kultur: A. S. Böhmer; Lokales und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: Th. Glade; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Preis: Fortwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 66, Lindenstraße 8. Seite 2 Beilagen.

Heute zu Tiets:

Billige und gute Lebensmittel einkaufen

Verkauf sowohl Vorrat — Mengenabnahme vorbehalten

Preise nur Dienstag und Mittwoch. Fleisch und leichtverderbliche Waren sind vom Versand ausgeschlossen!

Obst und Gemüse	Wurstwaren	Konserven — Konfitüre	Kolonialwaren	Frisches Fleisch
Kirschen Pfd. 38 Pf.	Fetter Speck Pfd. von 95 Pf. an	Aprikosen 1/2 Frucht 1/2 Dose 1,10	Bruchreis Pfd. 18 Pf.	Schweinebauch ohne Beilage Pfd. 92 Pf.
Erdbeeren Pfd. 48 Pf.	Dampfwurst Pfd. 96 Pf.	Kürbis 1/2 Dose 85 Pf.	Moulmain-Reis Pfd. 30 Pf.	Schweineschulterblatt Pfd. 98 Pf.
Bananen 2 Pfd. 95 Pf.	Leberwurst Pfd. 1,10	Kalif. Pfirsiche 1/2 Dose 1,45	Bluerose-Reis Pfd. 36 Pf.	Kassler Rippchen Pfd. 1,04
Radieschen 4 Bund 10 Pf.	Knoblauchwurst Pfd. 1,15	Ananas Singapore, 8 Scheiben 1/2 Dose 95 Pf.	Weizengriess Pfd. 30 Pf.	Eisbein mit Spitzbein gepökelt Pfd. 48 Pf.
Stachelbeeren unreife 2 Pfd. 38 Pf.	Mettwurst Braunschweiger Art Pfd. 1,25	Pfaumen-Konfitüre Eimer ca. 2 Pfd. 90 Pf.	Hartweizengriess Pfd. 34 Pf.	Berliner Bratwurst Pfd. 98 Pf.
Rhabarber 3 Pfd. 12 Pf.	Schinkenpolnische Pfd. 1,30	Johannisbeer-Konfitüre, Eimer ca. 2 Pfd. 1,15	Erdbeer-Konfitüre Eimer ca. 2 Pfd. 1,40	Rückenfett bratfertig Pfd. 64 Pf.
Salat 3 Kopfe 12 Pf.	Zerelat oder Salami Pfd. 1,65	Himbeer-, Kirsch-Konf., Eimer ca. 2 Pfd. 1,30	Ananas-Konfitüre Eimer ca. 2 Pfd. 1,45	Schweineköpfe mit Backe Pfd. 38 Pf.
Wirsingkohl frisch 3 Pfd. 25 Pf.	Teewurst Pfd. 1,70	Vielfruchtarmelade Eimer ca. 2 Pfd. 85 Pf.		Kalbskamm ohne Beilage Pfd. von 93 Pf. an
Möhren 3 Bund 25 Pf.				Kalbsschnitzel Pfd. von 2,30 an
Schoten Pfd. 18 Pf.				Kalbsrolle Pfd. von 1,40 an
Kohlrabi Mandel 12 Pf.				Hammelvorderfleisch Pfd. von 1,08 an
Neue Kartoffeln 5 Pfd. 62 Pf.				Suppenfleisch Pfd. von 78 Pf. an
				Gehacktes Pfd. 80 Pf.
				Hackepeter mit Gewürz Pfd. 1,00
				Rinderbacken ohne Knochen, frisch Pfd. 48 Pf.
				Rinderlungen frisch Pfd. 34 Pf.
				Rinderherzen frisch Pfd. 54 Pf.
				Euter frisch Pfd. 24 Pf.
				Gulasch Pfd. 90 Pf.
				Schweinenieren frisch Pfd. 78 Pf.
				Geflügel-fleisch
				Hammelvorderfleisch getrocknet, Pfd. v. 88 Pf. an
				Hammelrücken getrocknet Pfd. 98 Pf.
				Wild und Geflügel
				Hühner getrocknet Pfd. von 82 Pf. an
				Hühner frisch geschlachtet Pfd. von 1,08 an
				Rehblätter Pfd. von 95 Pf. an
				Aus unserer Weinabteilung:
				Rheinpfälzer Riesling in sehr guter Qualität, Befehlungswein
				Fröhliche Weinberg
				2,00 bei 50 Pf. 1,85 einchl. P.

Einstein spricht...

Raum, Aether und Feld in der Physik.

Auf der Internationalen Weltkongresskonferenz, die am Montagvormittag eröffnet wurde, hielt den ersten Hauptvortrag Albert Einstein über „Raum, Aether und Feld in der Physik“. Dem Flug Einsteinscher Gedanken zu folgen, zumal in der kurzen Zeit eines Vortrages, ist selbst für mathematisch und physikalisch durchgebildete Fachleute äußerst schwer. Der Vortragende, Doktor von Miller, betonte denn auch, daß selbst er, da er aus alter Zeit stamme, Schwierigkeiten habe, um in alle Einzelheiten der neuen Gedanken eindringen zu können; aber dem Mann, der diese neuen Gedanken selbst gedacht, sie erläutern zu hören, werde für alle, selbst wenn sie ihn auch nicht völlig verstehen, eine Erinnerung für das ganze Leben sein. Für den Laien müssen wir uns mit dem Versuch begnügen, einigermaßen verständlich zu machen, um was es sich eigentlich handelt.

Der Raum ist nicht ausgefüllt worden als ein reales physikalisches Gebilde, sondern als die allgemeine Anschauungsform, in der sich alle körperlichen Größen befinden und in der alle Veränderungen an ihnen vorgehen und in zeitlichem Verlaufe abspielen, ohne daß der Raum selbst irgendeiner Veränderung oder Beeinträchtigung unterliegt. Allerdings löst sich der in der klassischen Mechanik Newtons so wichtige Begriff der Beschleunigung aus bloßen Lagebeziehungen nicht abheben, und insofern spielt der Raum bei Newton die Rolle von etwas Physikalisch-Realem, was ihm selbst wohl bewußt war, von dem Späteren aber übersehen wurde. Als im 19. Jahrhundert die Wellennatur des Lichtes erkannt war, kam noch der Begriff des Aethers als Träger der Lichtwellen hinzu. Er sollte stofflicher Natur sein, ein Continuum (Zusammenhängendes), während alle Stoffe als aus kleinsten getrennten Teilen bestehend angesehen werden. Als dann durch Faraday und Maxwell für die elektromagnetischen Erscheinungen der Begriff des elektrischen Feldes eingeführt wurde, sah man den Aether, der sich gegen den absoluten Raum gar nicht bewegen sollte, als den Träger der elektromagnetischen Zustandsänderungen auf. Es hätte nahe gelegen, ihn vollkommen mit dem Raum zu identifizieren. Das Vorurteil von der absoluten Natur des Raumes verhinderte das. Erst die Relativitätstheorie tat diesen Schritt. Durch sie hat der Raum seinen absoluten Charakter völlig verloren, er ist nicht unbeeinflussbar und unveränderlich, seine Struktur wird vielmehr durch die in ihm enthaltenen Massen bestimmt und durch deren Veränderungen mit verändert. Es scheint sogar, daß er im Begriffe steht, wie er Aether und Zeit verschlungen hat, so auch, wie Einstein sich ausdrückt, „das Feld und die Körper (Stoffteilchen) zu verschlingen, so daß er als alleiniger Repräsentant der Realität übrig bleibt.“

Wasserrecht und Völkerrecht.

In der dritten Nachschauung des gestrigen Nachmittags erörterten der Präsident des Völkerverwaltungsrates B. Schlegelberger und H. Wille unter Vorsitz von Prof. Haas-Deußland wasserrechtliche Fragen. Die Fortschritte der Technik hätten eine immer intensivere Ausnutzung der Wasserkraft für die Förderung der Volksgesundheit, sowie für die Landwirtschaft, Erzeugung und Schiffahrt ermöglicht. Durch Staatsverträge suchte man den Schwierigkeiten zu begegnen, die sich aus der Verschiedenheit gesetzlicher Vorschriften mehrerer an einem wasserwirtschaftlichen System beteiligter Länder ergeben. Es wurde vorgeschlagen, der nächsten Völkerrechtskonferenz folgende Entschließung durch den Geschäftsführenden Ausschuss der Weltkongresskonferenz zuzuleiten: Im Geiste wissenschaftlicher Solidarität würde es die Zweite Weltkongresskonferenz begrüßen, wenn Nachbarstaaten auf Verlangen eines von ihnen sich über die Einlegung gemischter, technischer, internationaler Kommissionen zum Studium der nötigen

Zusammensetzung solcher Ströme und Flüsse einigen würden, deren Gewässer der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden können.“

Der Dank der Weltkongresskonferenz. Im Rahmen der Ansprachen der ausländischen Konferenzteilnehmer verlas der stellvertretende Vorsitzende des internationalen Hauptausschusses der Weltkongresskonferenz, Dr. Tissot, ein Telegramm der Konferenz an den Reichspräsidenten von Hindenburg, in dem die Konferenz dem Reichspräsidenten und dem deutschen Volke für den überwältigenden Empfang ihren Dank ausdrückt.

Trauerfeier für Harnack. Dem Förderer des neuen Staates.

Am Harnack-Haus zu Dahlem gedachte gestern die Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften ihres toten Gründers und Präsidenten Adolf von Harnack.

Herrn Wagnig leitete die Feier ein, an der die Vertreter von Reich, Staat und Stadt, von Wissenschaft und Politik in großer Zahl teilnahmen. Staatsminister a. D. Schmidt-Dott würdigte die Verdienste Harnacks um die Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Unter dem Motto: „Von einer Form der Unsterblichkeit

in die andere übergegangen“ sprach Professor Liegmann für die Akademie derer Wissenschaften und die Berliner Universität. „Nach der Revolution“, so sagte Liegmann, „förderte der Tote die Zusammenfassung aller positiven Kräfte; es war ihm unmöglich, abseits zu stehen und seine Mitarbeit zu verweigern.“

Für den Reichspräsidenten und die Reichsregierung nahm Reichsinnenminister Dr. Wirth das Wort. „Wir betrauern den großen Patrioten, den väterlichen Freund in trüben Nachkriegstagen, den vertrauten Berater unseres ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert. Er gab uns, er gab Rathenau und mir neuen Mut und neue Kraft, das letzte und kostlichste Gut, das wir hatten, die deutsche Einheit zu bewahren. Weil er den Abstieg des Kriegsausganges in seiner ganzen Größe erkannt hatte, konnte er sich in den Dienst des Neuen stellen mit dem Bewusstsein: Nun beginnen wir wieder von vorne! So unterstützte er uns, als wir durch die Weimarer Verfassung eine neue Grundlage zum Aufbau bildeten. In seiner Bahre verspricht die Reichsregierung, sein Lieblingserbe, die Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, zu schützen, zu pflegen und zu sichern.“

Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Dr. Grimme, dankte Harnack im Namen Preußens. Harnacks Ziel war der harmonische Mensch. Er war ein Kämpfer für die Einheit von Weltbetrachtung und Weltgestaltung in sinnvoller und zugleich literarischer Menschlichkeit. Über das einzelne hinaus war sein Blick immer auf das Totale gerichtet, und so wurde er durch die Größe seiner Persönlichkeit ein Lehrer der Menschen.“

Der Generaldirektor der preussischen Staatsbibliothek, Geheimrat Arck, pries die Arbeit Harnacks, die er in seiner fünfzehnjährigen Tätigkeit als Leiter der Staatsbibliothek leistete. Für die Schüler des Toten sprach der Privatrat Dietrich Bonhoeffer. Boethovense Musik endete die Gedächtnisfeier.

Hat Berlin genug Wasser?

Höchster Tagesverbrauch pro Kopf 231 Liter!

Der rapid steigende riesenhafte Wasserverbrauch der Reichshauptstadt erfordert einen dauernden Ausbau der städtischen Wasserwerke. Obgleich die Anlagen von Jahr zu Jahr modernisiert und vergrößert werden sind, muß man jetzt schon wieder damit rechnen, daß sie bei gleichbleibendem Ansteigen des Verbrauches den Anforderungen in den folgenden Jahren nicht mehr genügen werden. Man hat daher für 1930/31 ein neues großzügiges Bauprogramm aufgestellt, das insgesamt 21 Millionen Mark erfordert wird. Zur Deckung dieses Programms wird man neben der Heranziehung der laufenden Mittel eine neue Anleihe bis zu 12 Millionen Mark aufnehmen müssen.

In wachstümlicher Höhe der Wasserverbrauch in Berlin zugenommen hat, zeigt die Tatsache, daß im Jahre 1929 der höchste Tagesverbrauch pro Kopf der Bevölkerung 180 Liter betrug, im Jahre 1929 war der Verbrauch bereits auf 231 Liter an den heißen Tagen angestiegen. Es ist anzunehmen, daß die augenblicklich herrschende Hitze den Verbrauch in diesem Jahre erneut stark anzuheben lassen wird. Die Wasserwerke müssen nun ihre Anlagen so ausbauen, daß sie selbst bei größten Anforderungen nicht in Schwierigkeiten kommen.

Durch das Bauprogramm soll die Gesamtleistung auf eine Million Kubikmeter pro Tag erhöht werden.

Damit würde man sich dann eine weitgehende Reserve gegenüber dem rapiden Ansteigen des Wasserbedarfs für die nächsten Jahre schaffen.

Die Gründe für die Steigerung des Wasserbedarfs liegen in dem Wachsen der Bevölkerungsziffer infolge Zuzuges, in der zunehmenden Verbreitung der Warmwasserversorgung und der Badeeinrichtungen und in der immer mehr wachsenden Ausdehnung der Siedlungstätigkeit. Diese

Faktoren wirken sich hauptsächlich in dem Spitzenverbrauch an einzelnen Sommertagen aus, für die die Gesamtleistung der Wasserwerke, um dem Verbrauch standhalten zu können, bemessen werden muß. Der fortschreitende Wohnungsbau, die fortschreitende Befestigung des Stadtbildes und das Wachsen des Wasserbedarfs im allgemeinen erfordern erhebliche Erweiterungen des Rohrennetzes.

Das Bauprogramm sieht auch die Erweiterung des Werkes Buhlheide und einen Ausbau des Werkes Tegel vor. Daneben sollen die Anlagen in Lichtenberg, Spandau und Kaulsdorf modernisiert werden. Allein für den Ausbau des Rohrennetzes werden 10 Millionen Mark beansprucht. Für den Ausbau des Wasserwerkes bei der Buhlheide sind 15 Millionen Mark eingeplant worden. Die Bevölkerung des Bezirkes Treptow wird von dem Plan, gerade dieses Werk noch zu verstärken, wenig erfreut sein. Seit längerer Zeit machen sich die schon bestehenden Pumpstationen in überaus verhängnisvoller Weise bemerkbar. Der für diesen Arbeiterbezirk besonders notwendige Volkspark Buhlheide ist in seinem Baumbestand schwer gefährdet. Die Anlage neuer Pumpen würde ein weiteres Absterben der Bäume unvermeidlich machen.

Wier Mädchen beim Baden ertrunken.

Ein schreckliches Unglück ereignete sich in Epyach bei Landsberg in Bayern. Beim Baden im Lech geriet ein Mädchen in eine tiefe Stelle und versank vor den Augen seiner Spielfameradinnen. Diese versuchten, das Kind wieder an sich zu ziehen, wurden dabei aber selbst in einen Strudel gezogen. Von den Kindern konnten zwei gerettet werden, während vier abgetrieben wurden und ihr Grab in den Wellen fanden.



Ich gebe meinem Tiere die Sporen, hole die Träger ein, spreche mit Vera und anderen Frauen, trabe weiter, an der ganzen Karawane vorbei, bis ich ganz allein bin in dem hellen Tag.

Ein Wohlgefühl ohnegleichen erfüllt mich, ein Jubel, als wäre gerade an diesem Tage ein großes Ereignis zu erwarten, und ich singe sinnlose Lieder!

Eine Herde von Meerlöwen kommt durch die Bäume auf mich zugestürzt, um mich wunderliches weißes Tier zu bestaunen, dessen Gequatsche sie bis in die höchsten Baumwipfel gehört haben. Und ich reiße meinen Korbehelm vom Kopfe und prüfe sie, rufe „Guten Tag“ und „Gute Reise, frühliches Wiedersehen!“ Sie quieken und schnattern zu mir herunter, folgen von Baum zu Baum, kommen mir ganz nahe, so daß ich manche von ihnen mit der Reithaut erreichen könnte.

Nählich fühle ich einen Stich im Kopfe und stülpe mir den Helm über. Ich habe wieder einmal vergessen, daß der Schädel eines Weibes für die Tropenhitze nicht gemacht ist. Und das Malariafieber entsetzt zugleich Aufklärungsparatruillen aus der Muz, wo das Hauptquartier liegt: Ist der Feind jetzt so geschwächt, daß ein großer Angriff ihn endgültig erledigen kann?

Chinin bringt nicht zum Schwigen.

Die Temperatur steigt rasant und ich muß zu Bett.

Krank und ubelloung erreiche ich am späten Abend das Nachtquartier.

In anderen Tagen wiederum bestieg ich morgens müde und schlaff den Tragstuhl, nach einer heberheissen Nacht. Und am Tage besserte sich mein Befinden so, daß ich abends reitend und rauchend und scherzend ins Lager kam.

Tausende Tage waren ganz gut, andere ganz übel. Und je nachdem fiel mir die Arbeit leicht oder schwer.

Meist arbeitete ich in meiner Freizeit an meinen ethnographischen Studien über die Azande. Ich hatte Funde gemacht, die mir wie schweres Metall voramen. Daraus wollte ich ein leuchtendes Diadem schmieden, zur Ehre dieses Heldenvolkes. Und je stärker diese Arbeit mich in Anspruch nahm, desto mehr wurde Vera wieder zu dem, was sie eigentlich immer hätte sein sollen: eine gewöhnliche Haushälterin, eine Dienstmagd, die sich nur von Amis wegen im Schlafzimmer aufhält.

Run, vielleicht hatte diese Veränderung noch einen anderen kleinen, guten Grund.

Als ich nämlich eines Abends vor meinem Zelte saß und arbeitete, wurde ich eine Frau gewahrt, die gegen eine der Zellstreben gelehnt stand.

„Was willst du?“ fragte ich, ohne die Arbeit zu unterbrechen.

Sie antwortet nicht, und ich vergesse ganz, daß sie da steht.

„Na?“ fragte ich, „hast du die Antwort noch nicht fertig? Was willst du?“

„Ich sehe hier nur so!“

Es ist gewiß nichts Außergewöhnliches, daß eine Schwarze sich — bisweilen stundenlang — hinstellt, um zuzusehen, was für wunderliche Dinge ein Weißer treibt.

Als ich später in der Nacht fertig war, stand sie aber immer noch da. Ich habe sie mir noch gar nicht angesehen, jetzt lasse ich das Licht der Laterne auf sie fallen. Ungewöhnlich dunkel ist sie, noch ganz jung, trägt die Lätamierung der Azande auf der Stirn. Um den Leib trägt sie die geflochtene Schnur. Das ist ihre ganze Kleidung. Denn sie ist eben noch blutjung. Und die Unschuld hat bekanntlich ihr eigenes Kleid.

„Komm her, du Kleine und sage mir deinen Namen.“

Sie lächelt zutraulich, gibt aber wieder keine Antwort.

„Hast du mit meiner Frau gesprochen?“ Sie schüttelt den Kopf.

„Das hättest du tun sollen!“ Run, ich führe sie trotzdem ins Zelt.

Am nächsten Morgen, als ich eben aufbrechen will, höre ich mit einem Mal lautes, kreischendes Frauengeschrei. Ich laufe dorthin, wo ich die Schlägerei vermute. Drinnen im Walde finde ich Vera auf der Brust meiner neuen kleinen

Freundin knien, die Finger tief in den Hals der Feindin verkrallt. Ich schleudere Vera beiseite und hebe das Mädchen auf. Ihr zarter, zitternder Körper lehnt sich an mich, und erst jetzt sehe ich, wie beseit und schwerfällig Vera geworden ist und wie weif sie neben dieser eben erst entknospeten Blüte wirkt.

Vera atmet schwer. Sie schlägt unbefriedigt mit den Armen auf und nieder und verlangt, auf der Stelle heimreisen zu dürfen.

„Du verpötest Beretios und Amalas Tochter vor aller Augen!“ wirft sie mir vor.

Da geht mir urplötzlich das Groteske in meinem Verhältnis zu Vera auf. Habe ich sie nicht beinahe wie eine schwarze Prinzessin behandelt?! Bin ich nicht ein ebenio großer Narr wie der Hauptmann, dessen Anschauungen ich doch wirklich nicht teile?! — Ist meine ferne, weiße Liebe etwa verflücht, gestorben?! — Run das ist noch lange nicht der Fall! Aber kann etwas Uebertreibung in einer so ernstesten Angelegenheit schaden? Keinesfalls! Es gilt schließlich das Ansehen der weißen Rasse!

Was ist denn Vera eigentlich? Recht und schlecht eine Negerbirne, die längst über ihre erste blanke Jugend hinaus ist, die sich große Freiheiten erlaube, weil sie weiß, daß ich nachsichtig und geduldig bin! Es ist wahrlich an der Zeit, daß die Geschichte ein gutes Ende nimmt!

Ich sage ihr, daß sie noch an diesem Tage heimreisen kann, mit bestem Dank für das Zusammensein. Sobald wir heute abend Lager schlagen, sollen ihr ihre Bekannte herausgelegt werden! — Aber schon während ich diese Worte spreche, durchschauert es mich kalt wie vor etwas Unheimlichem.

„Gedenkst du Vera wegen dieser gemeinen Frau von dir zu weissen?!“

„Das ist doch nur deine Schuld!“

Ach, Aduchi! Du weißt doch selbst, daß ich die da mit meinen Nemese-Gaben aus der Ferne zu mir gerufen habe, unter jenem Riefenfalabamu in Batu, und da weißt du doch auch, daß ich nichts weiter wünsche im Leben, als dein zu sein! Geude dieses Weib fort, und ich werde dir folgen, wohin du es immer wünschst! Ja, meinemwegen bis ans Ende aller Dörfer, so wie Oela dem weissen Pastor folgte, bis der Tod sie nahm!“

(Fortsetzung folgt.)

Ein tolles Verbrecherstück.

Aufregende Straßensjagd. — Den festgenommenen Kumpen wieder befreit.

Eine Verbrecherbestellung, die in ihrer Ausführung an die Taten der berühmtesten Banden in Chicago erinnert, hat sich gestern in Tempelhof im Anschluß an einen mißglückten Einbruch zugetragen.

Gegen 13 Uhr hatte ein Mann einen Einbruch in die Wohnung des Schlächtermeisters F. Proh in der Königinstr. 1 versucht, indem er das ihm auf sein Klingeln öffnende Dienstmädchen sofort beiseite drängte und die Wohnungstür hinter sich schloß. Das Mädchen flüchtete vor dem Eindringling in die Küche und sprang schließlich in seiner Angst aus dem Fenster der im Erdgeschoß gelegenen Wohnung auf den Hof. Die Hausangestellte hatte aber noch soviel Geistesgegenwart, gleichzeitig laut um Hilfe zu rufen, so daß der Eindringling die Flucht ergriff. Hausbewohner und Straßenpassanten nahmen seine Verfolgung auf und konnten ihn schließlich nach kurzer Jagd einholen und festhalten. Das benachrichtigte Polizeirevier entsandte zwei Beamte, um ihn abzuholen, einer von ihnen nahm den Verbrecher am Handgelenk, um ihn abzuführen, während der zweite Wachmeister daneben ging. In diesem Augenblick fuhr von rückwärts eine Kraftdroschke heran, in der zwei Männer saßen.

Der eine sprang heraus, hielt dem völlig überraschten Oberwachmeister eine Pistole vor den Leib und drückte zweimal ab.

Der Beamte fiel zu Boden, im selben Augenblick sprang der Arrestant in das Auto, sein Bestreber folgte ihm und mit höchster Fahrt fuhr die Droschke davon, ehe in der Verwirrung irgend jemand die Verbrecher aufhalten konnte. Der zweite Beamte konnte noch seine Waffe herausreißen und dem Auto nachschließen, ohne den Wagen aber zum Stehen bringen zu können. Das Ueberfallkommando konnte von den flüchtigen Verbrechern und der von ihnen benutzten Droschke keine Spur mehr finden.

Etwa eine Stunde nach dem Vorfall meldete sich auf einem Polizeirevier in der Nähe des Humboldthains der Chauffeur der zu dem Ueberfall in Tempelhof benutzten Kraftdroschke. Er behauptete, daß er von dem zweiten Insassen, der während der Gefangenenerrettung im Wagen geblieben war, mit vorgehaltener Pistole zum Weiterfahren gezwungen worden sei. Die drei Verbrecher hätten sich nach der Flucht aus Tempelhof nach dem Humboldthain fahren lassen, seien dort abgesprungen und im Gebüsch verschwunden. Diese sehr merkwürdige Darstellung wird augenblicklich von der Kriminalpolizei, die im übrigen umfassende Nachforschungen im Humboldthain angestellt hat, noch auf ihre Richtigkeit nachgeprüft und der Fahrer wurde vorläufig im Gewahrsam behalten.

Gefährlicher Wohnungsbrand.

In der brennenden Wohnung eingeschlossen.

Durch einen gefährlichen Wohnungsbrand wurden gestern nachmittags die Mieter des Hauses Fehlerstraße 17 in Friedenau in große Aufregung versetzt.

Eine Bewohnerin des zweiten Stockwerks hatte in dem Schlafzimmer ihrer Wohnung einen Spiritusapparat mit Rauchtablets aufgestellt, um den Raum zu entmotten. Als die etwa fünfzigjährige Frau nach zehn Minuten nach dem Rauchen stehen wollte, hatten der Tisch und der Teppich aus noch unbekannter Ursache Feuer gefangen. Die Frau eilte hinunter ans Telefon, um die Feuerwehr zu alarmieren und kehrte unvorsichtigerweise in ihre Wohnung zurück. Die Flammen griffen wenige Augenblicke später auf den Korridor über. Der Frau war plötzlich der Rückweg abgeschnitten. Als die Feuerwehr unter Leitung des Oberbaurates Spohn anrückte, war der obere Teil des ganzen Gebäudes und das Treppenhaus in einen undurchdringlichen und stichigen Qualm gehüllt. Nur schwer konnten sich die Rettungsmannschaften den Weg nach oben bahnen. Es gelang schließlich unter großen Anstrengungen, die Frau, die nur leichte Brandwunden erlitten hatte, ins Freie zu holen. Das Feuer, das den größeren Teil der Wohnung zerstört hatte, mußte mit mehreren Schlauchleitungen bekämpft werden.

Das Großflugzeug besucht Paris.

Auf Einladung des französischen Luftfahrtministers.

Köln, 16. Juni.

Das Junkers-Großflugzeug G 38, das Montag morgen gegen 6 Uhr in Dessau zu einem Fluge nach Paris auf besondere Einladung des französischen Luftfahrtministers zur internationalen Luftfahrttagung gestartet ist, hat gegen 10 Uhr in Köln eine Zwischenlandung vorgenommen, da die an Bord empfangenen Wettermeldungen für die weitere Strecke nach Paris sehr ungünstig lauteten. Nach einem Telegramm aus Paris ist das Flugzeug gestern um 18 Uhr auf dem Flugplatz Le Bourget gelandet.

Lastauto mit 18 Personen abgestürzt.

Zwei Tote, sieben Schwerverwundete.

Stromberg (Westfalen), 16. Juni.

In der vergangenen Nacht geriet ein mit achtzehn Personen besetzter Lieferwagen, der von einer nationalsozialistischen Tagung kam, auf der Landstraße Watenhorst—Stromberg in einer Senkung ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum. Dann stürzte der Wagen mit den Insassen eine etwa vier Meter tiefe Böschung hinab und blieb zertrümmert liegen. Von den Insassen wurden zwei Mann auf der Stelle getötet und sieben schwer verletzt.

Raubüberfall auf eine Tänzerin.

Die bekannte Tänzerin Lisa Rey ist in der Nacht zum Sonntag das Opfer eines ungewöhnlich dreisten Raubüberfalls geworden. Als sie auf dem Heimwege von einem Besuch ihr Haus in Pantow erreicht und die Haustür bereits geöffnet hatte, wurde sie von einem Einbrecher, der ihr nachgeschlichen war, überfallen und am Hals gewürgt. Auf ihre Hilfsrufe ließ der Räuber sie los und entfloh, nachdem er ihr die Handtasche entzogen hatte, die eine erhebliche Geldsumme und die sämtlichen Ausweispapiere der Künstlerin enthielt, die natürlich weder dem Räuber noch einem anderen nützen können.

Eine mehr als flüchtige Demonstration veranstalteten (zum wievielten Mal?) die Kommunisten gestern im Lustgarten. Der weite Platz war nur sehr schwach besetzt. Man verließ sich die Zeit, indem man ¼ Stunde lang hin und her marschierte. Als die Ansprachen vom Stapel gelassen wurden, fanden selbst die Redner nur wenig Interesse. Die herumstreichenden Gruppen ließen sich in ihren

Diskussionen in keiner Weise lösen. Zu größeren Zwischenfällen ist es nicht gekommen. — Kurz vor Beginn der Demonstration versuchte ein Polizeibeamter, für einen durchfahrenden Omnibus Platz zu schaffen. Dabei wurde er von den Kommunisten angegriffen und zu Boden geschlagen, wo er besinnungslos liegen blieb. Auch ein zweiter, ihm zu Hilfe kommender Beamter wurde angegriffen, der zunächst zwei Schreckschüsse abgab und dann, als er noch weiter bedroht wurde, einen scharfen Schuß abjerte, durch den ein Kommunist verwundet sein soll. Eine kleine Panik, die durch die Schüsse in den Reihen der Demonstranten entstand, wurde im Keime erstickt, da die Polizeibeamten bei dem ganzen Vorfall die Ruhe bewahrten.

Tribüneneinsturz beim Fußballspiel.

120 Verletzte unter den Trümmern.

Mailand, 16. Juni.

Auf dem Sportplatz des Mailänder Klubs Ambrosiana brach gestern abend während eines Fußballwettkampfs eine überfüllte Volkstribüne zusammen. Die mehr als 120 auf ihr stehenden Zuschauer stürzten in die Tiefe. 34 wurden schwer, die übrigen leicht verletzt.

Städtische Gäste vor einem Postamt. Vor dem Eingang zum Postamt D 27 hatte sich ein Bienen-schwarm an einer Anschlagstange niedergelassen. Die Feuerwehr wurde alarmiert, die den Schwarm einfieng.

Allgemeine Wetterlage.



Nördlich von Deutschland liegt wieder ein umfangreiches Hoch. Es befindet sich zwar schon längere Zeit über diesen Gegenden unseres Erdteiles, hat aber seit dem Ende der vorigen Woche durch den Zustuß kalter Luft aus dem nördlichen Eismeer eine bedeutende Kräftigung erfahren. Das heitere Wetter, das am Montag allgemein in Deutschland unter dem Einfluß des Hochs herrschte, hat die Sonnenstrahlung sehr begünstigt, und infolgedessen sind die Temperaturen etwas höher als am Sonntag gestiegen. Es hat den Anschein, daß sich bei einer im wesentlichen unveränderten Wetterlage die Luftdruckunterschiede abschwächen werden. Die schwache Luftbewegung wird dann eine weitere Erwärmung der unteren Luftschichten begünstigen.

Wetterausichten für Berlin: Bei mäßigen bis frischen östlichen Winden heiter, etwas höhere Temperaturen. — Für Deutschland: Allgemein heiteres und wärmeres Wetter.

Funkwinkel.

Am Sonntag las Arnold Hill eigene Erzählungen. Packend in der Gestaltung des Menschlichen. Außer dieser haben Stunde waren einige Russdarbietungen hörenswert: Das aus Leipzig übertragene Nachmittagskonzert mit Wagnermusik, ein Konzert, in dem Josef Josef Wolke spielte und Marga Moris-Schmüller sang, Klavierkonzerte von Theophile Demetriescu und der Liebhaberzyklus Opus 52 von Brahms. In der Jugendstunde las Elisabeth Neumann Storms schöne phantastische Geschichte von der „Regenrube“.

Am Montag abend wurde Besthovens neunte Sinfonie, von Wilhelm Furtwängler dirigiert, aus der Bühlarmonie übertragen. Ein ganz großer Genuß. Gleichsam als Einleitung lag Alfred Bellerle das erschütternde „Heiligenstädter Testament“ des Komponisten. — „Das Herz Londons“ nennt Wolf Jucker den Hydepark. Das Stück Londoner Leben, das sich in diesem Volkspark abrollt, hat Jucker lebendig miterlebt, und er verstand auch, es anschaulich darzustellen. Ein Stimmungsbild aus dem Hydepark folgte als Hörspiel. Die Einleitung dazu wiederholte leider manches von Jucker bereits Gesagte. — Leber den Vortrag „Arbeiterjugend im Staat“, den Reichstagsabgeordneter Wilhelm Sollmann in der Jugendstunde hielt, wird an anderer Stelle berichtet. — Aus der Krolloper wurde der Vortrag Albert Einsteins von der Welttrautkonferenz übertragen. Auch darüber an anderer Stelle. In der Vortragreihe „Gegenwartsfragen“ der Deutschen Welle sprach Prof. Dr. Ludwig Duidde über „Landfrieden und Weltkrieg“. Er zog die Parallele zwischen den Kämpfen der einzelnen Volksgenossen untereinander, wie sie jahrhundertlang in Fehden ausgetragen wurden, und den Völkerringen. Die Völkervereinigung brachte endlich die bereits in der Haager Friedenskonferenz vertretene Anschauung zur Geltung, daß die Kriege durch Rechtsprechung nach Möglichkeit vermieden werden sollen. Das bedeutet aber gleichzeitig auch die bedingte Anerkennung des Krieges. Prof. Duidde betonte, daß auch der Weltkrieg nicht durch die allgemeine Moral, sondern durch die zwingende Notwendigkeit beendet werden wird. Die immer vollkommener Kriegstechnik schafft in Flugmaschinen und Giftgasen so fürchterliche Waffen, daß Kriege für Heere und Völker, für Besiegte und Sieger völlige Vernichtung bedeutet. Der Weltfrieden wird kommen, weil er den einzigen Ausweg darstellt.

Achtung, Dienststempel gestohlen! In das Arbeitsamt am Sinalauer Platz 20 wurde in der Nacht vom 15. zum 16. aber schon in der vorherigen ein Einbruch verübt. Es wurden drei Dienststempel und zwei Schlafdecken entwendet.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfachungen für diese Rubrik sind stets an das Parteisekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 1, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

- 1. Kreis Wedding, Dienstag, 17. Juni, 19½ Uhr, Bezirksmitgliederversammlung im Fahrenhof, Chausseest. 64. Vortrag: Die Arbeiterbewegung in Frankreich. Referent Genosse Dubois-Paris.
- 2. Kreis Friedrichshagen, Freitag, 14. Juni, 19½ Uhr, auf dem Sportplatz Friedrichshagen. Beginn der Rundgebung der Arbeiter-Sport- und Kulturorganisationen am Mittwoch, 18. Juni, auf dem Sportplatz Friedrichshagen. Beginn der Rundgebung 20½ Uhr. Folger: Organisieren die Sportler einen Werbezug mit Musik. Eröffnung des Sportplatzes 18 Uhr. Unfallsverhütung 10 Uhr.
- 3. Kreis Kreuzberg, Freitag, 14. Juni, 19 Uhr, öffentliche Demonstration im Köppler Viertel. Demarshaus Daulberg Platz. Alle Genossen und Genossinnen beteiligen sich daran.
- 4. Kreis Charlottenburg, Die Abteilungsarbeiten werden erfüllt, bei der Besetzung des Genossen Herrn Werner Abordnungen mit den Abteilungsleitern zu entscheiden. — Mittwoch, 18. Juni, 20 Uhr, Abordnung vom Reichstag im Jugendheim Köpenick, 6.
- 5. Kreis Tempelhof, Bezirksversammlung am 18. Juni, 18½ Uhr, im Daxum Tempelhof, Germaniastraße.
- 6. Kreis Köpenick, Dienstag, 17. Juni, 19½ Uhr, Köpenick, Schloßstr. 27, Kreisabordnung mit den Abteilungsleitern.
- 7. Kreis Weißensee, Mittwoch, 18. Juni, 20 Uhr, im Jugendheim Viktorienstraße 24, dritter Infanterieabteilung der jugendlichen Parteigenossen. Thema: „Vollständiger und Sozialdemokratie“.

Heute, Dienstag, den 17. Juni:

- 1. Abt. Einheitspartei zum Reichsarbeiterpartitag am Sonntag, 22. Juni, sind in der Gedächtnisfeier, Köppler Str. 21, erschienen.
- 2. Abt. „Kohle“ im Stadion Grünwald am Sonntag, 22. Juni, sind nach Berlin zu 50 Pf. die Freitag beim Abteilungsleiterer Tag zu haben.
- 3. Abt. Treffpunkt zur Demonstration um 18 Uhr bei Giersberg, Urbanstraße 6, Nachhause 19 Uhr Daulberg Platz.
- 4. Abt. Alle Genossen und Genossinnen treten heute, Dienstag, 19 Uhr, zur Demonstration auf dem Daulberg Platz an.
- 5. Abt. Alle Genossen und Genossinnen beteiligen sich heute abend, 19 Uhr, an der Demonstration. Sammelplatz: Daulberg Platz.

Heute, Mittwoch, den 18. Juni:

- 1. Abt. 20 Uhr Funktionsversammlung bei Schmidt, Witzstr. 17.
- 2. Abt. 19½ Uhr Zusammenkunft junger Parteimitglieder bei Grünwald, Rammerer Str. 19. Vortrag: Die Entwicklung der politischen Parteien in der Weimarerzeit. (Fortsetzung.) Referent Genosse Kasper.
- 3. Abt. 19½ Uhr Abende der Gedächtnisfeier, Köppler Str. 21, Köppler, Schloßstr. 27, und Köpenick, Grünwald, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 4. Abt. 18 Uhr Sitzung des Abteilungsleiters mit den Gruppenleitern bei Eduard Samartierstr. 38. Um 20 Uhr Funktionsversammlung ebenfalls.
- 5. Abt. Schwerhörige, 19½ Uhr Bezirksversammlung im Jugendheim Viktorienstr. 24. Thema: „Politische Tagesfragen“. Referent Ernst Neumann.
- 6. Abt. 20 Uhr Bezirksversammlung im Heidehof, Giesensstraße, Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 7. Abt. 19½ Uhr Abende mit Referat und Aussprache über die neuen Steuern und Sparmaßnahmen der Regierung.
- 8. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 9. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 10. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 11. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 12. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 13. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 14. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 15. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 16. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 17. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 18. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 19. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 20. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 21. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 22. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 23. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 24. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 25. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 26. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 28. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 29. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 30. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 31. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 32. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 33. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 34. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 35. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 36. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 37. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 38. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 39. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 40. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 41. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 42. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 43. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 44. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 45. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 46. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 47. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 48. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 49. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 50. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 51. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 52. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 53. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 54. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 55. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 56. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 57. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 58. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 59. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 60. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 61. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 62. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 63. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 64. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 65. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 66. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 67. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 68. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 69. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 70. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 71. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 72. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 73. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 74. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 75. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 76. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 77. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 78. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 79. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 80. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 81. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 82. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 83. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 84. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 85. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 86. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 87. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 88. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 89. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 90. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 91. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 92. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 93. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 94. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 95. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 96. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 97. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 98. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 99. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.
- 100. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27. Abt. Köpenick, Köpenick, Schloßstr. 27.

Frauenveranstaltungen.

- 1. Kreis Charlottenburg, Zur Dampferfahrt am 11. Juli nach Hohenfisching sind Berlin bei den Abteilungsleiterinnen zu haben. Die Abteilungsleiterinnen werden nicht nur die Fahrt an der Kreisleiterin übergeben.
- 2. Kreis Charlottenburg, Mittwoch, 18. Juni, 19½ Uhr, im Jugendheim Köpenick, 4. Vortrag: „Die soziale und politische Stellung der Frau in Vergangenheit und Gegenwart“. Referentinnen: Margarete Schenkelsowitsch, Marie und Dampferfahrt am 11. Juli nach Hohenfisching sind an dem selben Abend zu haben.
- 3. Abt. Köpenick und 18. Abt. Köpenick, Am Donnerstag, 19. Juni, Ausflug nach dem Grünwald-Haus am Genossen Platz, Kronprinzessinnen, erachtet Frau. Treffpunkt um 14 Uhr am U-Bahnhof Duxstr.-Domschütz, Ecke Riemerstraße.
- 4. Abt. Köpenick, Die Genossinnen treffen sich am Mittwoch, 18. Juni, in der Saube, verlängerte Duxstraße, Verkehrsallee 1, zum gemütlichen Beisammensein. Neben mitbringen, Befreiung der Dampferpartei.
- 5. Abt. Köpenick, Der Frauenabend fällt am Mittwoch, 18. Juni, aus. Folle am Dienstag, 24. Juni, Dampferpartei. Anmerkungen bei Genossin Paulus, Kaiserstraße 112. Kreisleiterin beachten.
- 6. Abt. Köpenick, Donnerstag, 19. Juni, um 20 Uhr, bei Dampferpartei, Tempelhof, Berliner Str. 100. Vortrag: „Die Frau der neuen Generation“. Referentinnen: Margarete Schenkelsowitsch.

Jungsozialisten.

Gruppe Köpenick: Die beteiligten von heute, Dienstag, geschlossen an dem Abend der Gruppe Köpenick um 20 Uhr im Jugendheim Köpenick. Gruppe Köpenick: Heute, Dienstag, abends 20 Uhr, im Jugendheim Köpenick 123—124. Mittalbeiterversammlung. Erste Sommerarbeit. Referentinnen: Marie Schenkelsowitsch, Marie, 20 Uhr, in der Gedächtnisfeier der Arbeiter-Abteilungsleiterinnen, Köppler Str. 21. Die bitten um pünktliches Erscheinen. Der Rufus Politischer-Beweg beginnt wieder am Dienstag, 24. Juni, im gleichen Lokal.

Geburtslage, Jubiläen usw.

37. Abt. Charlottenburg, Inwieweit alten Genossen Paul Meuser im seinem 65. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

35. Abt. Unter Genosse Richard Röhlich, Weidenweg 1, ist bereits am 24. Mai verstorben. Erbe seinem Andenken! — Der Abteilungsleiter. 36. Abt. Unter Genosse Franz Subel, Kaufmann, Reichenstr. 29, ist verstorben. Erbe seinem Andenken! Die Beerdigung des Verstorbenen am Montag, den 16. Juni, stattzufinden.

Saxin führt ab, es wirkt sehr milde, versuch es, und Du bist im Bilde

Kampftagung der Konsumvereine.

Riesige Demonstrationszüge in Lübeck.

Lübeck, 16. Juni. (Eigenbericht.)

Die Bedeutung des Lübecker Genossenschaftstages, der am Montag begonnen hat, charakterisierte wohl der alte Kämpfer Heinrich Lorenz vom Zentralverband deutscher Konsumvereine am besten, als er in seiner von Erregung und Entrüstung getragenen Eröffnungsansprache den Kongress zum Kampfe gegen die ungerechte steuerliche Behandlung der Konsumvereine und zum Ausbau der Bewegung der organisierten Verbraucher und des organisierten Verbrauchs aufrief.

Konsumvereinsmänner sind Wirtschaftler, nüchtern und partiell denkende Leute, Volkserzieher, die keine großen Gestecke lieben und ihre Worte abzurufen und abzumägen wissen. Wenn man auf dem Lübecker Genossenschaftstag im Rahmen der Verhandlungen und vom Vorstandsstil aus das böse und bedenkliche Wort von Klassenjustiz fällt, die bewußt auf eine Schädigung der Verbraucherbewegung hinarbeitet, wenn von derselben Klassenjustiz gesprochen wird, die den alten wilhelminischen Staat untergehen ließ, dann müssen schon sehr ernste Gründe vorliegen.

Diese Gründe sind durch die Wirtschafts- und Finanzpolitik der gegenwärtigen Reichsregierung gegenüber den Konsumvereinen gegeben worden.

Hätte man es bei der Regierung Brüning wirklich mit einer großzügig auf Anfertigung unseres Wirtschaftslebens und Normalisierung des Preisniveaus hinstrebenden Initiative zu tun, dann müßte die Reichsregierung ein guter Freund und treuer Berater der Konsumgenossenschaften sein. Die in Lübeck tagenden organisierten Verbraucher müssen aber feststellen, daß die Regierung ihr Feind ist.

Jede einsichtige Regierung müßte die Existenz einer Konsumgenossenschaftsbewegung begrüßen, die, wie die deutsche, Millionen von Verbrauchern in den Kreis der Bedarfsdeckung und einer rationellen Warenversorgung zieht und die Anerkennung und Bewunderung der ganzen Welt für sich hat. Deutsche Aktivität, Eigenhilfe und deutsches Können werden aber wieder einmal im Lande selbst nicht anerkannt und nicht geschätzt; vielmehr werden sie bestraft und unter Ausnahmegesetze gestellt.

Die organisierten Verbraucher in Lübeck Stadt und Land haben am Sonntag bereits darauf die richtige Antwort gegeben. Die Lübecker Konsumvereinsgenossenschaft rief zum Protest auf und in den Nachmittagsstunden des verflohenen Sonntags bewachte sich ein mächtiger, eindrucksvoller Demonstrationszug, dessen Vorbeimarsch stundenlang dauerte. Man hätte gewünscht, die Regierung Brüning hätte diesen Vorbeimarsch und diesen Protest von Zehntausenden gesehen. Das imposante Bild wäre geeignet gewesen, ihr Gewissen zu schärfen. Der Demonstrationszug der Lübecker Konsumgenossenschaft hätte der Regierung eine kleine Wahnung davon vermittelt, wie sehr ihre Maßnahmen die breiten Massen erregt. Die Regierung hätte erkennen können, daß Sturm ernten muß, wer Wind sät.

Die Konsumverbände haben etwa 1300 Delegierte nach Lübeck entsandt. Behörden und verwandte Organisationen sind zahlreich vertreten. Die Kräfte der Gewerkschaften überbrachten Eggert vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und Urban vom Zentralverband der Gewerkschaften. Die Volksfürsorge hat Otto Weis, den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, delegiert. In seiner Begrüßungsansprache führte

Heinrich Lorenz

aus: Unter der schlechten Wirtschaftsfrage Deutschlands leidet die wertvolle Bevölkerung, aus der sich die Mitglieder unserer Konsumvereine zusammensetzen, am meisten. Geringe Einkommen bedeuten geringe Kaufkraft. Vorschläge zur Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland beziehen sich jedoch, soweit sie bekannt sind, auf Abbau der Löhne und Gehälter und Beschränkung der sozialen Ausgaben, insbesondere der Ausgaben für die Erwerbslosenunterstützung. Es ist überflüssig zu sagen, daß, wenn diese Vorschläge verwirklicht werden sollten, die Lage für die minderbemittelten Volksteile sich noch mehr verschlechtern muß. Ausreichende Löhne betrachten den Inlandsmarkt und beleben Handel und Wandel.

Sachzielsetzung haben die Konsumvereine, im allgemeinen unbefähigt, ihre segensreiche Tätigkeit entfalten können. Gerade in der Zeit schlimmster Wirtschaftsnöte und schlimmster Wirtschaftskrisen werden sie in ihrer aufbauenden Tätigkeit gehemmt. Heute bestehen bei den Finanzämtern über die Tätigkeit der Konsumvereine derzeit verschiedene Meinungen, daß eine recht große Rechtsunsicherheit Platz gegriffen hat. Die Konsumvereine bemühen sich zwar, die Befehle aufs peinlichste einzuhalten, doch sind sie nicht einen Augenblick sicher, ob nicht das eine oder andere Finanzamt in diesem oder jenem Fall eine Steuerpflicht erblickt. Die Bekämpfung der Konsumvereine durch ihre Gegner geschieht immer noch mit denselben unanständigen Mitteln der Spitzelerei und Verleumdung.

Zu dem Druck auf die Wirtschaftsfrage gesellen sich äußerst bedenkliche Auswirkungen einer solchen Wirtschaftspolitik. So sind im Interesse der Landwirtschaft die Einfuhrzölle auf wichtige Lebensmittel wesentlich erhöht worden. Wir werden demnächst mit teurerem Brot, teurerem Fleisch und teurerem Schmalz zu rechnen haben. Das billige Gefrierfleisch wird verschwinden. Wir waren und sind immer bereit, mit der Landwirtschaft in direkten Güterausgleich einzutreten. Daß hier noch keine großen Erfolge erzielt worden sind, ist nicht unsere Schuld.

Eine Ungeheuerlichkeit sondergleichen, eine steuerliche Ungerechtigkeit, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann, hat sich die Bürgerblockregierung mit der Einführung der sogenannten Warenhaussteuer gelaufen. Es handelt sich um eine ausgesprochene Sondersteuer, die sich nach keiner Richtung hin rechtfertigen läßt. Der verantwortliche Teil für diese Steuer, die Wirtschaftspartei, hat sie nicht aus Sorge um die Reichsfinanzen, sondern aus Haß gegen die Konsumvereine gefördert. Der wirtschaftsparteiliche Abgeordnete Kollath erklärte in einer öffentlichen Versammlung am 21. Mai 1930 in Berlin, das Ziel der Wirtschaftspartei gipfeln darin, durch noch größere Belastung der Warenhäuser und die Konsumvereine in ihrer Entwicklung zu hemmen. Ganz besonders müßten die Konsumvereine ausgerottet werden.

Unsere Konsumvereine müssen wir aufs energischste verteidigen.

Denn werden wir uns bei den kommenden Wahlen die politischen Parteien und ihre Vertreter daraufhin ansehen müssen, wie sie zur wirtschaftlichen Organisationsfreiheit der minderbemittelten Volksteile stehen. Wir sind durchaus der Meinung des Reichstagsabgeordneten Schlaß, der auf einer Anfang Mai 1930 in

Essen an der Ruhr stattgefundenen Protokolltagung der christlichen Genossenschaftler seine außerordentlich scharfe Rede mit den Worten schloß: „Wir sind nicht bereit, die Peitsche zu küssen, die uns schlägt. Wir werden uns eine solche ungerechte Behandlung nicht gefallen lassen.“ Heinrich Lorenz schloß sein mit vielem Beifall aufgenommenes Referat mit der Aufforderung: „Auf zum Kampfe gegen das Unrecht und auf zur Mitarbeit am Ausbau unserer Konsumvereine.“

Vorstand, Ausschuß und Generatrat des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine haben dem Kongress

drei Resolutionen

vorgelegt. In der ersten wird gegen die Absicht der Reichsregierung protestiert, die Konsumgenossenschaften im Rahmen der Steuervereinheitlichungsgesetze zur Gewerbesteuer heranzuziehen und eine Filialsteuer zu erheben. Mit Entrüstung nimmt die Genossenschaftstagung davon Kenntnis, daß das Land Thüringen eine besondere Lohnsummensteuer von 6 Proz. für Einzelhandelsgroßbetriebe von mehr als 300 000 Mark Umsatz beschließen hat, insofern mehr als eine Warengruppe geführt wird. Der Willkür unsozial denkender Landesparlamente müsse ein Riegel vorgeschoben werden.

Die zweite Resolution verweist darauf, daß die be-

Herunter mit den Preisen!

Auserschöpfung der deutschen Rationalisierungsereserven.

Preissenkungen, die durch Lohnsenkungen im voraus gezahlt werden, können aus der deutschen Wirtschaftskrise nicht herausgeholfen. Wir haben das am Sonntag sehr ausführlich dargelegt. Auf den wichtigsten Gebieten sind Preissenkungen ohne Lohnsenkungen möglich, und zwar, weil die Rationalisierung seit 1925 gewaltige Kostenvorteile gebracht hat, die nicht in Preissenkungen ausgeschöpft wurden. Das muß heute geschehen. Von der Kohle haben wir schon gestern gesprochen.

Die vor einigen Tagen gesunkenen Eisenpreise haben völlig überflüssig einen Vorstoß durch eine Lohnsenkung erfahren. Von 1925 bis 1928 ist die Produktion der Stahl- und Walzwerke um 30 Proz. gestiegen. Die Belegschaft hat sich aber um 8 Proz. verringert. Der Lohnanteil ist also gewaltig gesunken. Die Produktion wurde durch technische Umstellung außerordentlich verbilligt. Dennoch wurden 1928 in der Zeit der abfallenden Konjunktur beispielsweise bei Stabeisen noch zwei Preiserhöhungen mit zusammen 7,- Mark je Tonne durchgeführt. Diese Erhöhungen sind auch durch die neueste Senkung der Stabeisenpreise erst mit 4,- Mark weitgemacht worden. Der Reichsverband freier Schrotthändler Deutschlands hat das Reichswirtschaftsministerium darauf aufmerksam gemacht, daß die Schrottpreise, die Preise für das wichtigste Rohmaterial der Eisenindustrie von Anfang 1928 bis Juni 1930 von 57,70 Mark auf 44,- Mark heruntergegangen sind und jetzt fast 20 Proz. unter dem Vorkriegspreis liegen. Diese gewaltige Senkung der Einstandspreise ist beim Abbau der Eisenpreise überhaupt nicht berücksichtigt worden. Jede Lohnsenkung bei Eisen wäre zur Herbeiführung einer ausreichenden Preisentlastung vollständig überflüssig.

Bei anderen Industrien liegen die Dinge ähnlich. In der Braunkohlenindustrie ist die Förderung um 20 Proz. gestiegen, die Belegschaft um 15 Proz. zurückgegangen. In der Zementindustrie ist die Erzeugung um 35 Proz. gestiegen, die Belegschaft um 3 Proz. zurückgegangen. In der Papierindustrie stieg die Erzeugung um 22 Proz., die Belegschaft nur um 5 Proz., in der chemischen Industrie die Erzeugung um 33 Proz., die Belegschaft nur um 5 Proz. In der Kalkindustrie vermehrte sich die Erzeugung um 20 Proz., die Belegschaft sank um 12 Proz., und selbst im Maschinenbau konnte eine 20prozentige Produktionssteigerung eintreten bei einer Belegschaftsverringerung bis zu einem Zehntel. In den meisten dieser Industrien sind trotz dieser gewaltigen Verringerung des Lohnanteils die Preise seit 1925 nicht gesenkt, sondern erhöht worden.

Die Reserven der deutschen Privatwirtschaft, die gegenwärtige Krise mit Erfolg zu überwinden, sind außerordentlich groß. Sie liegen in den technischen und finanziellen Erfolgen, sie liegen in den Lohnersparnissen, die die Rationalisierung der deutschen Industrie in den 5 Jahren seit 1925 gebracht hat. Die Arbeiterschaft entspricht einer volkswirtschaftlichen Notwendigkeit, wenn sie durch den Widerstand gegen Lohnsenkungen die Ausschöpfung dieser Rationalisierungsereserven erzwingt.

Die D. A. Z. und die „Bergwerkszeitung“ haben sich darin gefallt, mit dem „Vorwärts“ zu polemisieren. Der „Vorwärts“ habe in der vorigen Woche in der gleichen Nummer den Nachweis geführt, daß die Eisenindustrie doch eigene Opfer gebracht habe, und zwar über die Lohnsenkung hinaus, in der er die eigenen Opfer bestrift. Die beiden Blätter irren sich, wenn sie auf Widersprüche in unseren Ausführungen glauben hinweisen zu können. Wir haben das eine Mal gesagt, daß die Eisenpreiserhöhung nach der Konjunkturlage zu gering sei, und wir haben das andere Mal rein theoretisch ausgesprochen, daß bei einer zehnjährigen Lohnsenkung und einem 20prozentigen Lohnanteil rein rechnungsmäßig, wenn im Ausmaß der Lohnersparnis die Preise gesenkt werden sollen, nur 2 Proz. Preiserhöhung herausstümen. Dieses theoretische Exempel besagt nicht, daß eine 3-4prozentige Preisentlastung angesichts der Marktlage genüge, auch nicht, daß Industriepflichter (vgl. Frachten- und Schrottpreisentlastung sowie die Rationalisierungsereserven). Ob die Preisentlastung ausreichend ist, darauf allein kommt es an. Die Schwerindustrie soll die Diskussionsbasis nicht verschleppen.

Wohnungsbaureford 1930.

Wachsender Anteil der gemeinnützigen Bauvereinigungen.

Die Zahl der im Jahre 1929 neu errichteten Wohnungen übertraf mit 339 000 die Rekordziffer des Jahres 1928 von 330 000 um 2,5 Proz. Rechnet man den Abgang durch Abbrüche und Umbauten ab, so verbleibt ein Reinzugang von etwa 318 000 Wohnungen. Da der jährlich neu entstehende Bedarf auf 225 000 Wohnungen angegeben wird, so ist der Fehlbestand wieder um über 90 000 verringert worden (1928 um 85 000). Fast zwei Millionen Wohnungen sind seit Kriegsende als Reinzugang zu verzeichnen gewesen.

Bemerkenswert ist, daß die Bautätigkeit in den Großstädten auch relativ am regsten gewesen ist. Im ganzen

abstufte Heranziehung der Konsumgenossenschaften zur Körperschaftsteuer der in § 4 Absatz 2 des Körperschaftsteuergesetzes festgelegten richtigen Auffassung der Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb sich auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränkt, widerspreche. Diese Genossenschaften seien keine Erwerbsgesellschaften, deshalb müßten die bilanzmäßigen Ersparnisse aus dem Warenverkehr Körperschaftsteuerfrei bleiben. Mit Entrüstung müsse der Genossenschaftstag feststellen, daß die Versuche von einzelnen Händlern, durch Beauftragte Waren aus dem Konsumverein zu erhalten, immer noch fortgesetzt und auch heute noch von einzelnen Steuerbehörden als Material gegen die Konsumvereine verwendet würden.

Die dritte Resolution richtete sich gegen die Hochschatzsteuer, die Steuerbelastung und die Ausnahmssteuer. Im Rahmen der neuen Belastung wicke die Erhöhung der „rohesten und unsozialsten“ aller Steuern, die Erhöhung der Umsatzsteuer und ihr von bewußter Ungerechtigkeit diktiertes Anhängsel, die Sondersteuer gegen die großen Einzelhandelsbetriebe, insbesondere gegen die Konsumvereine, am aufreizendsten. Durch sie werde das Streben der minderbemittelten Familien nach sorgfamer Haushaltsführung unter Strafe gestellt. Von ihren Ersparnissen werde ihnen ein großer Teil geraubt. Der Genossenschaftstag fordere die schnelle Beseitigung des schändlichen Unrechtes. Die organisierten Verbraucher müßten zur Abwehr des gegen sie gerichteten Schlags den Konsumvereinsfeindlichen Mittelstandsgruppen auf allen Gebieten schärfsten Kampf ansetzen. Deckung des gesamten Bedarfs im eigenen Geschäft und Sammlung aller unbemittelten Verbraucher in den Konsumvereinen müsse die bald und gründlich zu lösende Aufgabe ihrer organisierten Verbraucher sein.

Reich betrug der Reinzugang auf 1000 Einwohner durchschnittlich 5,1 Wohnungen; in Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern wurde ein Reinzugang von 3, in Gemeinden mit 10 000 bis 20 000 Einwohnern ein Zugang von 5,7, in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern ein Zugang von 7,1 Wohnungen auf 1000 Einwohner gezählt. Der relative Zugang war also in den Großstädten mehr als doppelt so hoch wie in den kleinsten Gemeinden.

Die schon früher beobachtete Tendenz mehr größere Wohngebäude mit zahlreichen Wohnungen herzustellen, hat sich 1929 weiter durchgesetzt; die Zahl der errichteten Wohngebäude ist nämlich von 137 000 im Jahre 1928 auf 131 000 zurückgegangen. Die Durchschnittszahl der Wohnräume in einer Wohnung ist dabei etwas gesunken.

Unter den Produzenten haben die gemeinnützigen Gesellschaften ihren Anteil erheblich vergrößern können. 1928 stellten sie von 100 Wohnungen 30, 1929 aber 34,9 her. Der Anteil der privaten Bauherren sank von 59,6 auf 55,5.

Deffentliche Mittel wurden für 80 Proz. aller Wohnungen in Anspruch genommen. Auch hier sind bedeutende Unterschiede zwischen Stadt und Land zu verzeichnen. In den kleinsten Gemeinden wurden nämlich Unterstüzungen aus öffentlichen Mitteln nur zum Bau von 58 Proz., in den Großstädten aber von 91 Proz. gegeben.

Ausfuhr und Konjunktur.

Im Mai eine Viertel Milliarde Ausfuhrüberschuß.

Die Reparationslieferungen mit 78,7 Milliarden eingeschmet, hat sich im Monat Mai der deutsche Ausfuhrüberschuß von 87 auf 265 Millionen erhöht. Leider ist das keineswegs als ein Zeichen der Wirtschaftsbesserung anzusehen. Wenn die Einfuhr von 880,4 auf 830,9 Mill. zurückgegangen ist, so spricht das immer noch in erster Linie dafür, daß das deutsche Inland weniger Rohstoffe zur Verarbeitung gebraucht hat. Die eingetretene Weltpreissenkung ist dabei zu berücksichtigen. Die Steigerung der Ausfuhr von 976,7 auf 1096,5 Mill. zeigt zwar, daß die deutsche Konkurrenzfähigkeit noch nicht gelitten hat, zugleich aber auch, daß der irrsinnige Verkaufsdruck noch sehr wirksam und das Inland selbst noch wenig aufnahmefähig ist. Im ganzen ist freilich die erfolgte Ausdehnung des Außenhandelsvolumens ein gutes Zeichen für die Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt.

Warengruppen	Einfuhr 1930		Ausfuhr 1930	
	April	in 1000 M.	April	in 1000 M.
1. Lebende Tiere	8 120	5 505	6 905	5 660
2. Lebensmittel und Getränke	209 192	241 807	39 875	36 652
3. Rohstoffe und halbfertige Waren	454 817	479 603	236 346	199 904
4. Fertige Waren	129 341	159 445	513 833	724 479
Reiner Warenüberschuß	830 976	889 358	1 096 459	976 704
Reparationslieferungen	-	-	78 765	60 998
5. Gold und Silber	31 925	80 411	3 035	3 045
Zusammen:	862 899	969 769	1 099 494	979 749

Der stärkste Rückgang der Einfuhr zeigt sich bei Baumwolle und Gummi sowie bei Mineralöl, deren Einfuhr natürlicherweise nach der Voreindeutung im April — gegen die Benzinsollerhöhung — zurückgehen mußte. Die Fertigwarenausfuhr ist um rund 79 Mill. von 734,5 auf 813,5 Mill. Mt. vermehrt, wobei der Hauptteil der Mehrausfuhr auf elektrische Maschinen, Wasserfahrzeuge, chemische Produkte, Walzwerkzeugnisse und Eisenwaren entfällt.

Dr. Arthur Salomonohn, der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Deutschen Bank und Discontogesellschaft ist am Sonntag im 72. Jahre gestorben. Von 1888 bis 1929 gehörte er der Deutschen Discontogesellschaft an, seit 1895 gehörte er zu ihren Geschäftsinhabern. Er hat den Aufstieg dieser Großbank stark beeinflusst und schied mit dem Ende ihrer Selbstständigkeit, bei der im vorigen Jahre vollzogenen Fusion mit der Deutschen Bank, aus dem aktiven Dienst aus. Er vertrat die Banken im Reichswirtschaftsrat und war im Präsidium des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes. In vielen Duzend großen Aktiengesellschaften präsierte er im Aufsichtsrat oder gehörte ihm an. Damit war eine große wirtschaftliche und politische Macht verbunden, die aber nicht dazu ausreichte, den jahrzehntelangen Weltkampf mit der Deutschen Bank zugunsten der Discontogesellschaft zu entscheiden.

Erst, wenn man die Milch mit Kathreiner gemischt trinkt, wird sie richtig verdaut!

... wieder ein Grund mehr, immer Kathreiner zu trinken!

Hermann Lieber:

Aus Berlins Baugeschichte

Die Veranstalter der Ausstellung „Alt-Berlin“ haben sicher nicht daran gedacht, ihrer Vaterstadt wehe zu tun. Im Gegenteil: diese Sommerschau „Fundamente der Weltstadt“ sollte dem Ruhme Berlins dienen. Aber sie ist mit soviel wissenschaftlicher Gründlichkeit und künstlerischer Anschaulichkeit zusammengestellt, daß das wahre Gesicht der Stadt sich enthüllt und ihre Entwicklung seit dem späten Mittelalter verfolgt werden kann.

Diese Entwicklung gibt zu Stolz und Freude nicht den geringsten Anlaß. Man wird mit Ausnahme der amerikanischen Großstädte kaum ein Beispiel so vieler Verfündigungen gegen die Regeln eines gesunden Städtebaus finden wie hier. Dabei haben die nordamerikanischen Städte noch die Entschuldigung, keine Tradition zu besitzen. Aber Berlin hat — und darauf wird mit besonderem Nachdruck und nicht ohne Erfolg am Kaiserdamm hingewiesen — Tradition. Berlin hätte etwas werden können, wenn diese Tradition weitergebildet worden wäre. Es fehlt nicht an Ansätzen zu einer vernünftigen städtebaulichen Gestaltung, und an fähigen Architekten war kein Mangel. Man hätte sie nur zu beschäftigen brauchen — wie Dresden die Pöppelmann und Georg Bähr beschäftigt hat, Wien Fischer von Erlach und Hildebrandt und Würzburg den Balthasar Neumann, der vielleicht von allen deutschen Barockbaumeistern der gestiftete gewesen ist. Berlin kann mit Johann Arnold Rering auswarten, mit Andreas Schlüter, mit Bengel aus von Knobelsdorff, mit dem Älteren Langhans und Friedrich Blinn, und schließlich mit Friedrich Schinkel.

Mit solchen Kräften, sollte man meinen, ließ sich eine Stadt aufbauen, die sich mit jeder anderen messen konnte. Auf allen Gebieten finden wir eine reiche Zahl von hervorragend tüchtigen Menschen: in der Literatur Lessing, Meiß, G. L. U. Hoffmann, Tieck, Heine, in der Musik den Begründer der Singakademie, Fasch, Wendelssohn, Vorking, Reichardt, von bildenden Künstlern die Maler Chodowicki, Blechen, Gärner, Menzel, die Bildhauer Schlüter, Schadow, Rauch. Warum haben sie nicht schon im 18., spätestens aber zu Beginn des 19. Jahrhunderts Berlin zu einem geistigen Mittelpunkt, zu einer Kunststadt gemacht? Warum ist statt dessen die preussische Hauptstadt das Gespött Europas geworden? Weshalb haben sich gerade unsere großen Männer: Goethe, Schiller, Lessing, Herder, Winkelmann so abfällig über Berlin geäußert? Das kann doch nicht nur Vorurteil gewesen sein.

Unsere bürgerlichen Professoren haben das Schlagwort geprägt von der „preussischen Rührigkeit“; das läßt dann immer noch die Anerkennung von besonderer Tüchtigkeit und schlichter Gediegenheit zu. Eine verlegene Phrase, nichts weiter. Eben jene geistigen Kräfte, die Bediegenheit gewährleisteten, haben sich in Berlin nie entfalten können. Der preussische Korporalstod hat immer wieder die Ansätze zu einer geistigen Kultur zertrümmert, so wie der Krüden des „Philosophen von Sanssouci“ das Meißener Porzellan und die Spiegel im Schloß des sächsischen Könizers Brühl. Neben diesen Feldwebelnaturen wie Friedrich Wilhelm I. und Friedrich Wilhelm III. stehen erste, prophetische Tröpfe wie Friedrich I., Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm II. Die machen dann keineswegs in „preussischer Schlichtheit“, sondern in Käsch und Bombast. In Friedrich vermaßlen sich beide Tendenzen: die barbarische und die tomädischische. Der Fassadenstachel von Potsdam, besonders das keinohe schon wilhelmisch ammutende „Neue Palais“, zeugen dafür.

Ueberhaupt ist ja die Architektur der untrügliche kulturelle Wertmesser. Von allen Künsten berührt sie sich am unmittelbarsten mit dem Leben. Enger als Poesie, Malerei, Musik ist sie an die Gesetze der Wirklichkeit gebunden. Mehr noch als von dem Einzelgebäude gilt das von einer Gesamtsiedlung, vom Städtebau. Der hat ausgesprochen sozialen Charakter: nicht den Wünschen und Launen eines einzelnen dient der Städtebauer, sondern den Bedürfnissen einer Gesellschaft. Mit diesen Bedürfnissen ist er durch seine Aufgabe verknüpft. Bis in die Einzelformen des Schmucks — in das, was dem Palen als das Wesentliche; an einem Baustil erscheint — läßt sich dieser Zusammenhang verfolgen.

Die Hohenzollern sind stets mit einer stupiden Hartnäckigkeit hinter ihrer Zeit zurückgeblieben. Von der Mitte des 15. Jahrhunderts ab, als Kurfürst Friedrich II., der „Eisenzah“, seine Zwingburg auf die Spreinsel baute, mitten in das Weichbild der bescheidenen Fischer- und Handwerkerstadt, bis zu Wilhelms Sturz läßt sich das von der Baugeschichte ablesen. Die Errichtung der Burg war als Symbol gedacht für die Vernichtung der städtischen Rechte der Berliner und Köllner. Und wenn Wilhelm I. die alte Herrichtslaub, das Ueberbleibsel ihres Rathauses, im Park seines Schloßes Babelsberg als Spielzeug wieder aufstellte, so liegt diese Tat auf derselben Linie.

Da stand nun die Burg der Hohenzollern und daneben der alte Dom. Während die Bürger eingepfercht waren in enge Gassen und in viele Arme der Spree, in eine richtige Wasserstadt, hatten die Kurfürsten Raum genug für einen Turnierhof, an den noch heute die Bezeichnung „An der Stechbahn“ erinnert. In der späteren Renaissancezeit, als dieser rauhe Sport obkam und galanteren Freuden Platz machte, wurde im holländisch-französischen Stil der „Aufgarten“ angelegt, der heute seinen Namen zu Unrecht führt: lauber abgezirkelte Beete mit einem „Orangenhau“ als Abschluß. Für dieses „Orangenhau“ mußte ein eigener Sieg über die Spree gebaut werden. So prangte neben der düstern mittelalterlichen Zwingburg unvermittelt die höfliche Heppigkeit des Südens.

Nach dem Dreißigjährigen Krieg machte sich der „Große Kurfürst“ die neue Befestigungskunst der Franzosen zunutze — er war ja auch sonst sehr gut Freund mit dem „Sonnenkönig“, von dem er jahrelang fette Schmiergelder einlieferte — und zog einen sternförmigen Gürtel von Schanzen, Bastionen, Laufgräben um die Innenstadt. Am Spittelmarkt, am Hausvogteiplatz, an der Wallstraße war die Herrlichkeit der Residenzstadt zu Ende. Diese Abschneuerung des Festungssterns mit dem Schloß als Ziadele wurde für die Entwicklung der Stadt zum *Berlin*. An die Brachtallee „Unter den Linden“ nämlich, die der Kurfürst außerhalb des Festungsgürtels anlegte, hängte Friedrich Wilhelm I. eine *Barockstadt* an mit lauter regelmäßigen Häuserblöcken und schnurgeraden Straßen. Der heutige Belle-Alliance-Platz und der Leipziger Platz waren die Grenzen dieses neuen Stadtteils. Ganz schematisch-gedankenlos, ohne Rücksicht auf den stärkeren oder geringeren Verkehr, wurden alle Straßen genau gleich breit angelegt. Noch heute hat die „Friedrichstadt“ unter diesem Mangel zu leiden: die Friedrichstraße ist nicht breiter als ihre vollkommenen toten Querstraßen.

Ein guter Architekt versteht es, auch innerhalb der Festungsmauern eine brauchbare Wohnstadt anzulegen — man braucht nur das alte Würzburg anzusehen. Andreas Schlüter hätte das Zeug gehabt, die Fester des 17. Jahrhunderts gutzumachen. Die

Straße „Unter den Linden“ ließ sich gegen die Innenstadt tot. Ebenso schloß von der anderen Seite her, von der heutigen Königstraße, ein würdiger Abschluß. Man hatte den Hamburger Baumeister aus Polen kommen lassen, um das Schloß, die Wohnung des neugeborenen Königs, neu aufzubauen. Aber er wäre ein schlechter Architekt gewesen, wenn er nur den Königspalast und nicht auch dessen Umgebung einer Neugestaltung unterzogen hätte. Er beabsichtigte zweierlei: Schloß und Markt mit einem neuen Dom als Quergebäude und Abschluß der Königstraße zu einer großartigen Pflanzanlage zusammenzufassen; zugleich wollte er die Nordwestecke des Schloßes weit vorschleichen und mit einem hohen Turm, dem „Münzturm“, abschließen. Der hätte einen Blickpunkt von den „Linden“ her ergeben und ein neues Wahrzeichen für die an schönen Lärmen arme Stadt.

Es ist nichts aus diesem ausgezeichneten Plan geworden. Als 1705 der Münzturm während des Baus einstürzte, wurde Schlüter entlassen. Sein unwürdiger Nachfolger, Cosander von Goethe, baute noch nicht einmal das Schloß zu Ende, das als Stückwerk liegen blieb, — geschweige denn, daß er den Plan mit dem Dom zu Ende geführt hätte.

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts ließ Friedrich II. den Festungsgürtel abtragen. Wenn er nun wirklich der große Kunstfreund gewesen wäre, als den ihn seine kritischen Bewunderer hinstellen, hätte er vor allem daran denken müssen, die alte Innenstadt und die neuen Vorstädte einander anzupassen. Er hatte das unverdiente Glück, an einen *Knobelsdorff* zu geraten, der mit der Anlage von Rheinsberg und mit der „Breiten Straße“ in Potsdam Proben eines überragenden städtebaulichen Könnens abgelegt

hat. Aber die Tragödie mit Schlüter wiederholte sich: noch ehe der Meister sich seiner Hauptaufgabe zuwenden konnte, fiel er in Ungnade. Nicht einmal das „Friedrichsforum“, den Platz neben der Oper, hat er vollenden dürfen. Friedrich ließ die gar nicht zu dem schlichten Theater passende „Kommode“, die wild ausgeschweifte königliche Bibliothek daraufsetzen, und selbst die guten Bestandteile des Platzes: Oper und Hedwigskirche, sind unter dem glorreichen Minister Beder für alle Zeiten verhungert worden. Friedrichs II. Interesse erschöpfte sich in leeren Theaterbauten wie den beiden sinnlosen Kuppeln auf dem Gendarmenmarkt und dem schwächlichen Dom, der für die „Linden“ keinen Abschluß bilden konnte, weil er an der Rückseite des Lustgartens — da, wo Raschdorffs Schandarchitektur heute das Auge beleidigt, aus der Nähe dieser Hauptstraße herausfiel. Das ausgezeichnete Projekt des Franzosen Bourdelle für die einseitige Bebauung des Gendarmenmarktes blieb unbeachtet.

Schinkel hat dann noch einen letzten Versuch gemacht, die Ziellosigkeit der Linden zu korrigieren: er wollte einen *Warenhausbau* für eine Pariser Firma im Jahre 1830 in ihre nördliche Straße hineinrücken und dadurch dem Auge einen Ruhepunkt schaffen. Das gleiche sollte, noch wirkungsvoller, für die ins Meer verlaufende Leipziger Straße geschehen durch zwei monumentale Kirchenbauten am Leipziger Platz und am Spittelmarkt. Alles umsonst: die „Rathgebäude“ ließen den Stadtplan auseinanderlaufen wie einen misstratenen Ruchsen. Es wurde ärger und ärger: als es sich darum handelte, den zweiten Gürtel zu sprengen und die Ministergärten zu durchbrechen zugunsten einer Verbindung mit den neuen westlichen Stadtteilen, verlagten die Königl. abermals wie beim inneren Festungsgürtel, und das Bayerische Viertel mußte neben die Innenstadt gebaut werden. Die groteske Scheußlichkeit des Königsplatzes auf einem toten Fled neben der Charlottenburger Chaussee besiegelte das Schicksal Berlins.

Das Stadtbild der Reichshauptstadt ist, dank kurfürstlicher, königlicher und tscherlicher „Fürsorge“, für alle Zeiten verpfuscht.

Herbert Duckstein:

Der Pfingstochse zieht Bilanz

Mein Vater war der unauferklärte Geist, der unter blauen Himmel auf brauner Scholle, zwischen Wald und Feld lebte, der beim Donner Gottes Gnade ansah und im Sonnenschein Gottes Liebe anbetete, der in den gefüllten Scheuern Gottes Segen erkannte und der bei misstraler Ernte wegen seiner Ungnade weinte — ein Geist, dessen Kräfte brocklagen, aber nicht tot waren. Der, ein ungenutztes Land, Kraut und Dipsel und Hederich aus sich erzeugte, weil sich niemand gefunden hatte, ihn umzugraben und zu pflanzen. Seine Fruchtbarkeit schoß in wucherndes Unkraut. „Aus solchem Geistesader erwachsen wir eines Tages: ich, meine Schwestern, meine Brüder. Der Same war gekommen aus einsamen, warmen, naturnahen Sommerabenden, an denen die arbeitsmüden Menschen auf grünen Bänken vor ihren Häusern saßen, an denen Abenddäuser summen und trunksene Fledermäuse saumeln. Vom Sternenhimmel wuzten die Urzellen, aus denen ich wurde, als Schnuppen gefaßt; und gegen Mitternacht, wenn die Nachteulen bereits schrien, wenn es draußen unheimlich wurde, wenn die Geister umgingen, dann fand ein Mensch das Wort, das alle dachten: „Da — hinter der Schlehdornhecke — seht doch — jetzt kommt er auf uns zu.“ — Alle sahen und erkannten ihn sofort, diesen unheimlichen, gespenstigen Niemand. — Man froh flugs zu Bett. Ohne schlafen zu können. Im Bewußtsein blieb etwas gefangen — zappelte — zappelte. Ein Traum wurde daraus — und aus dem Traum eine vage Vermutung — und die Vermutung, die Summe der Vermutungen verdichtete sich zu einer Wunschwelt, zu einem Phantasieparadies: zu einem *Glaube n*. Alles Tote belebte sich: um die sichtbare Welt, dieses Konglomerat von Wasser und Luft und Wald und Erde, spinn sich der poetisch-verklärte Schleier einer zweiten, unsichtbaren, subjektiven Welt. Mit Rebel, Rühl, Rappos, Glauben. Von dort komme ich. —

In jener Zeit wurde ich. Das ist lange, lange her. Heute beginnen die Pfingstbirten und die Linden meiner Heimat bereits schwindlich zu werden. Sie können den Kohlenstoffatem der Zivilisation nicht vertragen, sie tranken an dem Rauche, den die Jehntausende von Himmelshohen Essen täglich über das Land legen. Wir werden mit ihnen krank. Meine Schwestern und meine Brüder: Der langbeinige Storch sucht vergeblich nach kleinen Menschenkindern in Wässern, die die Dellsachen von Fabrikwässern bedecken und erfliden. Mein Bruder Langbein schreitet zuweilen schon am Rande eines lärmvollen Schulhofes entlang und klappert: „Meine Mission ist erfüllt; fragt eure Lehrer und eure Mutter, ob sie bereits so weit sind, auch die Wahrheit sagen zu können.“ Und auf und davon klappert er. Die Kinder zerreißen zotige Bilder und freuen sich, wenn es lüdet, auf den naturkundlichen Unterricht. — Das Zuckerschokoladentartel meines großen Stiefbruders, des Weihnachtsmannes, verzeihen um heiligabend die kleinen Menschenkinder und triumphieren über den Geriemann, der sie nun nicht mehr mit der Rute bedroht, und bei dessen Erscheinen keine Kindertränen mehr in den Schnee tropfen. Die Wohnungen und die Schränte sind wohl durchfarbar und nicht mehr groß genug, als daß noch Geheimnisse in ihnen schlummern könnten! Die Herzkloppen bereiten und halbdurchwachte Nächte, in denen die Kleinsten ängstlich nach der Mutter rufen. —

Ich großer, starker Pfingstochse, der ich durch die Jahrhunderte gewandert bin, eichen- und malenbedrängt, kam neulich auf den Gedanken, vor Senilität zu sterben. Sie alle haben mich ja allern und zerbröckeln lassen: der Geist von 1789, der an den eisernen Pforten des Glaubens und Unglaubens zu rütteln begann, der die Baumblüte ansofferte, und der der menschlichen Statio die Erde erschloß mit ihren Millionen Geheimnissen und Glaubensstimulantien, der den Mond seiner Müdigkeit und seiner Poesie entkleidete, der die Pest nicht einfach als gottgewollt hinnahm — und der es nicht wahr haben wollte, daß die ganze tausendfache Erdennut gequälter Menschenkinder ein Notkangere der „göttlichen Weltordnung“ sein sollte, der sich nicht mehr recht um die Kirchen kümmern wollte, und der heutzutage weltliche Schulen erstehen läßt, in denen man Physik und Zoologie und Botanik predigt.

Dieser Geist, destruktiv für alles Religiöse, hat auch mich nicht unberührt gelassen. Eigentlich ignorierte er mich vollkommen. Aber dafür betonte er die Welt, die ohne Wunder sei, ohne Heren, die an bestimmten Tagen nach und auf Befehl ihren qualvollen Strofritt in die Berge hin müssen. — Ich fühle mich als ein Opfer dieser Aufklärung.

Ich habe lange Jahre gegen meinen Untergang, gegen diese Ent-

heiligungs- und Projaniertendenz der modernen Welt gekämpft, gegen diese sich breitmachende Poeselosigkeit der Großstadt, die nur an das Wohl nebenjählicher Säuglinge und kleiner Kinder in sonnenlofen Mietkafernen denkt, die jeder Romantiker bar ist, weil angeblich Romantik mit Lustmangel, mit Dred und Schmutz und Kräfte verbunden sein soll. — Man anerkennt meine Arbeit nicht mehr. Man will es nicht wahr haben, daß ich mich in meinen Verhandlungen aufreibe, die ich mit Petrus führe, dem Chef des meteorologischen Zentralsbüros, die ich zu Pfingsten mit Oberfürstern und Waldgutsbesitzern wegen der Bereitstellung von Birkenbäumen führe. Nichts von alledem will man wahr haben. Nur bei christlichen Mittern finde ich zuweilen noch offene Herzen; wenn ich ihnen im Traum erscheine: sie sollten ihre Erziehungs- und Sichtungspflicht nicht vernachlässigen, sie sollten zur Pfingstzeit (zuständigkeitshalber) stets emphatisch auf meine Allgegenwart hinweisen, die einzuschüchtern und Tränen zu locken vermag — und die zuweilen sogar beglückt und Lachen und Freude weckt. — Doch solche braven Mütter gibt es nur noch sehr wenige; meine Nachdomäne wird immer kleiner.

Ich habe die Kinder mit dem offenen und freien Blick in diese nüchterne Welt, weil sie nichts mehr wissen von uns: dem Pfingstochsen, dem Klapperstorch, dem Weihnachtsmann — ich habe sie, weil ihr Blick nicht mehr nach unten gerichtet ist wie der von Hundern, die Brügel erwarten. Ich sehe sie morgen und übermorgen schon hinauswandern in die grünen Wälder und über sonnige Wege, in das Land, wo mein Vater nicht arbeitete, der Mensch mit dem Geistesader, auf dem Dstein und jharlachener Matzschmohn und giftgrüner Nachschatten wucherten: das ist so lange, lange her! —

Ich habe das Gefühl, das Eiszeitriesen gehabt haben müssen, als im Osten die warme Sonne aufging, die die blauen Eisfelder rot, Mitter färbte, daß diese schmelzen mußten. Wie ein fleischgewordener Anachronismus wachte ich in die kommende Welt von Menschen, die man zum Denken erzog. —

Mary Wigman: Künstlerischer Tanz und Theater

Der dritte deutsche Tänzertongress, der vom 19. bis 25. Juni in München lag, hat u. a. die Frage „Tanz als künstlerische Formung in Oper, Schauspiel und Chorische Bühne“ in den Vordergrund der Erörterung gestellt. Ich kann dies nur begrüssen. Denn wir Tänzer, die wir uns aus tiefer Ueberzeugung zum modernen Tanz als dem Ausdruck unserer Zeit bekennen, wollen vom Theater nicht nur den nebeneordneten und gleichberechtigten Bühnentanz. — Wir wollen die Eroberung des gesamten Theaters von der tänzerischen Seite aus. Dieses fast amnabend erscheinende Wollen trägt die höchste Erfüllung tänzerischen Seins und die tiefste Bescheidenheit gleichzeitig in sich. Wir geben uns nicht zufrieden mit dem ästhetischen Selbstgenuß, den uns das Theater heute vermittelt. Wir wollen beteiligt werden am grandiosen Spiel und Spiegel des Lebens, das Theater in seinem letzten Sinn sein kann. Nicht nur ganzes Theater wollen wir, sondern rhythmisch-beschwingendes und beschwingendes Theater. Kunstwert, nicht Machwert! Daß der Weg dazu weit und mühsam ist, wissen wir. Wir wissen aber auch, daß unser Wollen kein fanatischer Traum ist. Theatergruppen wie die russisch-jüdischen haben in ihrer Art das rhythmisch bewegte, in- und miteinander schwingende Spiel lebendiger Körper, und wir wissen, daß es gerade das tänzerische Element ist, das ihre Darstellung so stark macht. In all den vielen Hunderten von Tänzern, denen ich begegnet bin, mit denen ich gearbeitet habe, lebt die gleiche Idee, mag sie sich auch verschieden äußern. In ihnen allen ist soviel Hingebefähigkeit, soviel innere und äußere Leistungsbereitschaft. Und wenn man es versteht, diese Kräfte dem Theater nutzbar zu machen, so wird das Theater daran erstarren und sich von seinem heutigen Scheinleben wieder zum großen Lebenssymbol wandeln. In uns allen lebt ein Sinn für das Theater, ein Glauben an seine tiefe Berechtigung, die in alle Ewigkeit bestehen wird. Niemals wird es Tanz und Tänzern gelingen, das Theater von unten her zu erobern. Niemals wird ein schönes und leeres Scheintanz auf die Dauer im Theater behaupten. Die tänzerische Geste muß sich dem Theaterergehen bis in seine tiefen Tiefen verwurzeln und muß bis zu den verschütteten Lebensquellen des Theaters vordringen. Nur vom schöpferischen Prozeß aus kann jene Erneuerung des Theaters geschehen, deren Erwartung wir alle in uns tragen.

